

Protokoll

der 24. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 17. November 2010
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.40 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Kathrin Gürtler, Präsidentin Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Nic Proschek, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeinderätin (Vizepräsidentin)
Philippe Adam, Armin Bieri, Andreas Bitterli, Jean-Claude Bourgnon,
Kurt Kneier, Thomas Möller, Florian Spiegel Peter von Arx,
Semra Wagner-Sakar

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 30 Anwesende = 20
18.35 Uhr 31 Anwesende = 21

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in das **Wahlbüro** anstelle des zurückgetretenen Florian Spiegel, SVP, (Sitz steht Grünen-Fraktion zu)
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3959
2. Interpellation von Josua M. Studer vom 27.04.2010 betreffend **Freiwerdende Fläche am Baselmattweg bei den Ciba-Sportplätzen**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 3940 / A
3. Postulat von Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, vom 16.06.2009 betreffend **Erhöhung der Verkehrssicherheit bei Tram- und Bushaltestellen bei Schulen, Kindergärten und Tagesheimen**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3868
4. Postulat von Josua M. Studer vom 16.01.2010 betreffend **Nummerierung der Einwohnergeschäfte**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3922
5. Postulat von Josua M. Studer vom 10.02.2010 betreffend **Sole statt Salz, der Umwelt und Gemeindefinanzen zuliebe**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3924
6. Postulat von Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, vom 28.04.2010 betreffend **Pedibus für Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 3941
7. Postulat von Christoph Benz und Barbara Selinger, EVP, Andreas Bammatter, SP, Julia Gosteli, Grüne, Jérôme Mollat, Grünliberale, vom 10.05.2010 betreffend **Sauberer Strom für Allschwil (Atom- und CO2-frei)**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3942
8. Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 15.06.2010 betreffend **Mehr Sicherheit in unserer Gemeinde**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 3948
9. Postulat von Siro Imber, FDP, vom 16.06.2010 betreffend **Grenzlage als Chance bei der Sprachausbildung nutzen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 3949
10. Motion von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 15.07.2010 betreffend **Umgestaltung des Allschwiler Dorfplatzes**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3914
11. Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, vom 06.10.2010 betreffend **Anlobung von neuen Ratsmitgliedern**
Antrag des ER-Büro: Zur Ablehnung empfohlen Geschäft 3961

12. Postulat von Julia Gosteli, Nedim Ulusoy und Rita Urscheler, Grüne Allschwil vom 15.09.2010 betreffend **Velofreundlichkeit auf der Baslerstrasse**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt

Geschäft 3957

13. Postulat von Cedric Roos, SVP-Fraktion, vom 15.09.2010 betreffend **Jugendfeuerwehr in Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff

Geschäft 3958

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nic Proschek, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 24 vom 17. November 2010

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des
Einwohnerrates Allschwil**

Kathrin Gürtler

Begrüssung / Mitteilungen der Präsidentin

[**Entschuldigungen/Präsenz:** siehe Protokolleingang]

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zu den Mitteilungen, da habe ich zuerst eine sehr erfreuliche Mitteilung. Frau Semra Wagner ist Mutter geworden von David Alexander. Wir wünschen ihr alles Gute. An dieser Stelle möchte ich die Einladung weitergeben zum Jahreskonzert vom Musikverein Allschwil. Alle Einwohnerräte sind herzlich dazu eingeladen, es findet am Samstag, 20. November, ab 20.00 Uhr in der Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse statt, Nachtessen ab 18.30 Uhr. Zum Ablauf: Ich wurde von den Stimmzählern gebeten, Sie daran zu erinnern, dass Sie Ihre Stimmkarte so lange oben halten, bis fertig ausgezählt ist. Wir haben einige neue Vorstösse. Ein dringliches Postulat von Josua Studer betreffend "Ganztätig mit dem Bus zum Bahnhof SBB". Josua Studer, zur Dringlichkeit.

Josua Studer, parteilos: Danke, Frau Präsidentin. Gesamthaft habe ich drei dringliche Vorstösse eingereicht. Bei allen geht es primär um ÖV. Ich habe die Dringlichkeit gewählt, weil es eine gewisse Zeit braucht, bis dies umgesetzt werden kann. Es muss über den Kanton gehen. Ich gedenke, die gleichen Vorstösse auch im Landrat einzureichen, also die beiden, die direkt die Buslinie betreffen. Ich habe jetzt für alle drei geredet, es ist eine allgemeine Dringlichkeit. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit allen drei Vorstössen zu geben.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung betreffend Dringlichkeit.

://:

Die Dringlichkeit ist nicht gegeben, somit wird es als normales Postulat entgegengenommen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur nächsten dringlichen Motion betreffend Verdichtung des Fahrplanes Buslinie 33, Geschäftsnummer 3975. Josua Studer hat zur Dringlichkeit bereits ausgeführt, es ist die gleiche Argumentation. Somit kommen wir gleich zur Abstimmung der Dringlichkeit.

://:

Die Dringlichkeit ist nicht gegeben.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur dritten dringlichen Motion von Josua Studer betreffend Lichtsignalanlage Hegenheimerweg/Grabenring, Geschäftsnummer 3973. Wir kommen auch grad zur Abstimmung der Dringlichkeit, sie ist wieder gleich begründet.

://:

Die Dringlichkeit wurde abgelehnt.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zu einer dringlichen Motion betreffend Änderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrates, Paragraph 66 Redeordnung, eingereicht von Julia Gosteli. Frau Gosteli, bitte zur Dringlichkeit.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Ich habe die Motion den Fraktionspräsidenten per Mail geschickt, gestern nach dem Büro. Es ist schade, dass sie nicht hier liegt, aber das macht nichts. Wir möchten, dass es nur noch zwei Wortmeldungen pro Geschäft gibt. Im Reglement steht "in der Regel". Wir finden, es ist hier keine Bühne wie im Theater, sondern wir sind hier im Einwohnerrat. Wir haben in der letzten Zeit viel Zeit verloren, wir konnten die Traktandenliste nicht abarbeiten, darum ist es für uns dringlich.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

://:

Die Dringlichkeit wird abgelehnt.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ein weiterer Vorstoss ist eine Interpellation betreffend Gewalt an Allschwiler Schulen von Simon Zimmermann eingegangen mit Geschäftsnummer 3971, ein Postulat betreffend Fluglärmmessung von Julia Gosteli, ein Postulat betreffend Aufwertung vom Mühlehall als Ausstellungslokal von Mathilde Oppliger mit Geschäftsnummer 3970.

Vor Ihnen ausgelegt sind Budgetpostulate. Diese und die jetzt eingereichten Budgetpostulate werden Ihnen mit dem nächsten Versand zugeschickt.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Gibt es Änderungswünsche? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann ist die Traktandenliste, wie sie vorliegt, genehmigt.

556 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro anstelle des zurückgetretenen Florian Spiegel, SVP, (Sitz steht Grünen-Fraktion zu) für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3959

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Nach der Verteilung der Sitze geht dieser Sitz an die grüne Fraktion. Von der Grünen Fraktion liegt der Wahlvorschlag von Michael Schröter vor. Ich frage den Rat, ob es weitere Nominierungen gibt? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://:

Somit ist Michael Schröter ins Wahlbüro in stiller Wahl gewählt.

557 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Interpellation von Josua M. Studer vom 27.04.2010 betreffend Freiwerdende Fläche am Baselmattweg bei den Ciba-Sportplätzen
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3940 / A

Josua Studer, parteilos: Diese Interpellation wurde schriftlich beantwortet, auf meinen Wunsch, danke. Leider ist das Wort "beantwortet" falsch. Ich habe sechs Fragen gestellt und kann nur bei Frage vier sagen, dass es eine Antwort ist auf eine Frage von mir, das ist enttäuschend. In der Beantwortung der Interpellation habe ich viele Informationen erhalten, diese haben aber keinen Bezug zu den Fragen. Ich habe mir erlaubt, Gemeinderat Christoph Morat, der das Geschäft vertritt, meine Anmerkungen zu geben. Er kann von mir aus direkt auf diese eingehen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Josua Studer hat vor geraumer Zeit, nämlich am 28. April, als die Welle relativ hoch ging betreffend dem Areal, welches früher der Ciba gehört hat, dann von der BASF übernommen wurde, Fragen gestellt, ob das Fortbestehen der Sportplätze vom Gemeinderat begrüsst wird. Grundsätzlich kann der Gemeinderat damit leben, dass dort weiterhin Sport gemacht wird. Der Gemeinderat kann aber auch damit leben, wenn dort etwas gebaut wird. Es liegt in der Wohnzone, auf der rechten Seite vom Bachgraben, und somit in dieser Zone, der wir im Zonenreglement Siedlung für Wohnen zugewiesen haben. Es ist ein Übrigbleibsel aus vergangenen Zonenplanungen, dass dort noch Freizeit- und Sportzone ist. Für uns ist wichtig, dass es sich hier um ein reines privates Geschäft handelt. Wir können uns nicht allzu sehr einmischen. Wenn jetzt ein Investor kommt und sagt, er wolle mit diesem Land etwas anderes machen, dann muss er an uns herantreten und dann wird ein politischer Prozess in Gang gesetzt, der schlussendlich auch hier im Einwohnerrat zum Tragen kommt, indem Sie über einen allfälligen Quartierplan abstimmen können. Dieser Quartierplan untersteht einem Referendum, da kann jedermann und jede Frau und jede Gruppierung ein Referendum aufnehmen. Insofern habe ich die Frage 1 beantwortet. Wir können es uns vorstellen, dass es dort mit Sport weitergeht. Begrüssen ist vielleicht

auch der falsche Ausdruck, es ist ein Fortbestand von etwas Bestehendem und wir können gut damit leben, wenn dort weiterhin Sport getrieben wird. Es ist aber nicht unsere Aufgabe, dort regulierend einzugreifen, sondern dies ist eine reine Privatangelegenheit, weil das Gelände Privateigentümern gehört.

Josua Studer findet, dass die Frage 2 nicht beantwortet sei, ob der Gemeinderat die Absicht hat, Sportvereine in der Fortführung dieser Sportanlagen zu unterstützen. Es handelt sich hier vorwiegend um Firmensportvereine und private Vereine. Die privaten Vereine haben nie ein Gesuch beim Gemeinderat gestellt um Unterstützung. Es ist schwierig, ohne Projektbezug Unterstützungen auszusprechen.

Frage 3: Sollte kein Fortbestehen der Sportplätze möglich sein, würde der Gemeinderat eine Zonenänderung begrüßen, welche eine Überbauung ermöglicht? Wir können nur eine Quartierplanforderung von Grundeigentümern entgegennehmen. Wir haben gar keine Möglichkeit, dies abzulehnen. Es steht jedermann offen, ein Quartierplanverfahren zu verlangen. Das ist ein Sonderbaurecht, das heisst, dass die Investoren sich in einen politischen Prozess begeben und sie müssen damit rechnen, dass die Gemeinde mit gewissen Auflagen kommt, sei das Umweltschutz, Nutzung, Zufahrt etc. Die Frage ist beantwortet. Eine Änderung der Nutzungsmöglichkeiten können wir nur mit einem Quartierplanverfahren gutheissen. Das Quartierplanverfahren steht jedermann zu, so weit sind wir in der Schweiz im Rechtsstaat, dass wir diese Möglichkeit haben. Eine andere Nutzungs- oder Zonenänderung ist im Moment nicht möglich, weil der Regierungsrat Baselland klar geäußert hat, dass unter 8 Jahre nach Beschluss einer Zonenänderung keine neue Änderung möglich ist. Das würde von der Regierung oder dem Kanton Baselland nicht unterstützt werden.

Die Frage 4 ist beantwortet.

Frage 5: Könnte sich der Gemeinderat vorstellen, dass Gruppierungen, welche altersgerechtes Wohnen verwirklichen wollen, finanziell unter die Arme gegriffen wird? Finanzielle Beteiligung zum heutigen Zeitpunkt sehen wir nicht als gegeben. Es fehlen rechtliche Grundlagen, es fehlen Konzeptgrundlagen und es fehlt an Geld.

Frage 6: Sieht der Gemeinderat bei einer Überbauung die Möglichkeit der Errichtung einer Mehrzweckhalle. Eine Mehrzweckhalle zieht viel Verkehr an. Darum ist es nicht sehr sinnvoll an diesem Ort, der ein reines Wohnquartier ist und ein Alterszentrum und Alterswohnungen hat, eine Mehrzweckhalle zu bauen. Im Moment sieht der Gemeinderat von der Planung einer Mehrzweckhalle ab, weil dies an der Urne mehrfach verworfen wurde. Das finden Sie übrigens auch in unseren Strategiepapieren. Es wurde auch gestern Abend erwähnt, als wir unser Projekt neues Schulhaus vorgestellt haben. Auch dort reden wir nicht von einer Mehrzweckhalle, sondern wir möchte eine Aula, die speziell auf die Bedürfnisse der Schulhäuser ausgerichtet ist und eine reine Turnhalle. Von Mehrzweckhallen sieht der Gemeinderat im Moment ab.

Darf ich noch etwas zur Zusatzfrage sagen: Das Verkehrsaufkommen in diesem Quartier würde wahrscheinlich über die Marsstrasse geschluckt werden. Man müsste sich eine Verkehrsführung genau im Rahmen einer allfälligen Quartierplanung überlegen. Im Moment machen wir uns keine Überlegungen, weil wir noch kein Quartierplanverfahren vor uns haben. Insofern ist diese Frage allenfalls mit einem Quartierplanverfahren oder einem Vertrag zu lösen.

Josua Studer, parteilos: Danke, Herr Gemeinderat, dass Sie die Fragen etwas ausführlicher beantwortet haben. Es befriedigt mich immer noch nicht ganz. Ich hätte gerne gehört, dass der Gemeinderat auch Freizeitbeschäftigung fördert. Klar, kann der Gemeinderat sich nicht einmischen, er hat kein direktes Mitwirkungsrecht. Aber Empfehlungen abzugeben, wäre möglich, sagen, dass man es begrüßen würde, wenn es so bleibt, wie es ist, Bedenken äussern, dass es dort zu viel Verkehr geben könnte und dies Lösungen braucht, die vielleicht nicht erfüllbar sind. Es wäre gut, wenn der Gemeinderat Stellung nehmen würde. Es ist halt doch zu vermuten, dass der Gemeinderat ein Interesse hat, dass dort gebaut wird und dass es ihm nicht viel ausmacht, wenn es dort wekommt. Ansonsten wäre ein besseres Statement gekommen. Klar wurde kein Gesuch auf Unterstützung gestellt. Das kann ich nachvollziehen, die Vereine wissen, dass es schwierig und langwierig ist. Es wäre trotzdem gut zu wissen, wie die Position des Gemeinderates wäre, wenn es ein Problem geben würde, ob er Hand bieten und nach einer Lösung suchen würde. Es ist ein Interesse, das die Gemeinde hat. Es ist auch ein Interesse der Anwohnerschaft, dass dort die Sportplätze bleiben. Die Anwohnerschaft hat sich damit arrangiert. Diese Sportplätze waren dort, bevor Häuser gebaut wurden und das Alterszentrum erweitert wurde. Sie haben sich damit arrangiert. Darum wäre es interessant zu wissen, wie dies der Gemeinderat sieht. Ich beantrage eine Diskussion.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir stimmen über den Antrag, eine Diskussion zu führen, ab.

://:

Die Diskussion wird abgelehnt.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich glaube, ich habe klar gesagt, dass der Gemeinderat in einem politischen Prozess sich nicht verweigern kann. Wir leben in einer Zeit, in der das einzig Beständige die Veränderung ist. Es ist jetzt billig, wenn man sagt, dass die Sportplätze zuerst da waren und die Anwohner sich damit arrangiert haben. Anwohner und Anwohnerinnen werden sich in diesem Quartier gegebenenfalls auch mit einer Bebauung arrangieren. Das ist an vielen anderen Orten in der Schweiz auch passiert. Nicht zuletzt in Allschwil haben wir grosse Veränderungen betreffend Wohnüberbauungen, die neu entstanden sind. Viele Leute erkennen ihr Allschwil nicht mehr, so wie es heute ist. Wir werden weiterhin verdichten, das war auch der Wille des Einwohnerrates, als es darum ging, das Zonenreglement mit der Zonenplanung hier zu verabschieden. Wenn es dazu kommt, dass die Firma, die das übernommen hat, mit einem Quartierplan an uns tritt, dann sind wir bereit, Hand zu bieten für eine Suche von allenfalls Ersatzplätzen. Ich sage nur, wir sind bereit Hand zu bieten nach der Suche eines Ersatzplatzes. Wir selber, das wissen wir noch nicht genau, haben hier noch nichts Konkretes an der Hand im Moment.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Damit ist dieses Traktandum abgeschlossen.

558 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Postulat von Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, vom 16.06.2009 betreffend
Erhöhung der Verkehrssicherheit bei Tram- und Bushaltestellen bei
Schulen, Kindergärten und Tagesheimen
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3868

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Der Gemeinderat ist für Entgegennahme. Ich frage den Rat direkt an, ob ein Gegenantrag gestellt wird.

Christoph Morat, Gemeinderat: Beim Antrag des Gemeinderates, der Ihnen auf Papier zugestellt wurde, möchte ich darauf hinweisen, dass es Copy/Paste-Fehler gibt. Wir reden hier von einer Interpellation und nicht von einem Postulat. Ich bitte Sie, diesen Fehler der Verwaltung zu entschuldigen. Wir geben uns Mühe und verbessern dies.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich stelle nochmals die Frage, ob es einen Gegenantrag gibt. Das scheint nicht der Fall zu sein, somit wird dieses Postulat direkt an den Gemeinderat überwiesen.

559 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Postulat von Josua M. Studer vom 16.01.2010 betreffend
Nummerierung der Einwohnergeschäfte
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3922

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Josua Studer, ich gebe Ihnen das Wort und hoffe, dass das Mikrofon funktioniert.

Josua Studer, parteilos: Wie ich gehört habe, sollte der Gemeinderat zuerst etwas zu diesem Vorstoss sagen.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Der Gemeinderat hat ein gewisses Verständnis für diesen Vorstoss. Wir können ihm so noch nicht folgen, weil er für uns etwas zu früh kommt. Wir haben im Sinn, ein Archivierungssystem einzuführen generell in der Gemeinde Allschwil. Dies ist elektronisch und soll das Auffinden von Dokumenten für die Gemeinde und für Einwohnerratsgeschäfte erleichtern. Zum jetzigen Zeitpunkt können wir noch nicht sagen, wie diese Nummerierung erfasst wird. Aber wir werden diesen Gedanken mittragen, wenn es darum geht, das Archivierungssystem zu evaluieren. Wir beantragen zum jetzigen Zeitpunkt die Abweisung dieses Postulats.

Josua Studer, parteilos: Danke für diese Ausführungen. Ich kann nachvollziehen, was der Gemeinderat gesagt hat. Ich empfehle Entgegennahme und Abschreibung in einem, dann ist die ganze Sache erledigt.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Wortmeldungen? Es gibt keine Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung, wer das Postulat überweisen möchte, mit Abschreibung.

://:

Das Postulat wird grossmehrheitlich nicht überwiesen.

560 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Postulat von Josua M. Studer vom 10.02.2010 betreffend
Sole statt Salz, der Umwelt und Gemeindefinanzen zuliebe
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3924

Josua Studer, parteilos: Ich wäre wieder froh, wenn zuerst der Gemeinderat redet, da er nicht entgegennehmen möchte.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich muss dazu ein paar Ausführungen machen, damit das technische Verständnis da ist, warum der Gemeinderat dieses Postulat nicht entgegennehmen möchte. Wir haben zwei Systeme, die wir kennen beim Entsalzen, das ist das Feuchtsalz und die Salzsole. Beim Feuchtsalz handelt es sich um Streugutbehälter, die mit dem Fahrzeug getrennt gefahren werden. Man hat einerseits das Salzsilo und andererseits den Flüssigtank. Während dem Ausbringen der Sole wird es gemischt und in flüssigem Zustand auf die Strassen gebracht. Das Feuchtsalz hat ein Mischverhältnis von 70% Salz und 30% Wasser. Dies ist in vielen Gemeinden erprobt, man kennt das schon seit vielen Jahren. Die Einsparung von Salz gegenüber dem normalen Streusalz, wie es die Gemeinde Allschwil heute kennt, liegt bei 25%. Das wird auch auf Autobahnen und Schnellstrassen viel angewendet, aber sehr selten in Städten. Dies ist für Allschwil nicht das geeignete System. Wenn Allschwil auf dieses System umrüsten wollte, dann würde das Kosten von rund CHF 70'000 verursachen. Wenn wir das zweite System anschauen, das Flüssigsalz, die reine Salzsole, dann haben wir auf dem Fahrzeug die flüssige Salzsole, das fertige Gemisch von Salz und Wasser. Dort ist das Einsparungspotenzial wesentlich grösser. Man geht davon aus, dass etwa 75% Salz eingespart werden kann, wenn man es auf diese Art und Weise ausbringt. Diese Technologie ist sehr neu und noch sehr selten im Einsatz. Es gibt schon Anwendungen innerorts, aber man kann noch nicht sagen, dass man langjährige Erfahrungen hat. Der grosse Nachteil bei dieser Methode ist, dass wir Investitionskosten hätten in der Höhe zwischen CHF 100'000 und CHF 150'000. Mit dieser Einsparung sollten wir einen Nutzen für die Gemeinde erbringen, darum muss man erwähnen, dass andere Gemeinden wie Riehen im vergangenen Winter zum ersten Mal diese Sole eingesetzt haben. Man hat Erfahrungen, es gab Probleme mit Rost und die Abnutzung an den Fahrzeugen war viel grösser als beim trockenen Salz. Die Gemeinde Binningen setzt seit zwei Jahren auf Sole und hat ein eigenes kommunales Fahrzeug. Sie möchten jetzt weiter aufrüsten und ein zusätzliches Fahrzeug anschaffen. Bezüglich Schäden können dort noch keine Aussagen gemacht werden. In der Gemeinde Aesch wird auf sämtlichen Strassen Feuchtsalz eingesetzt, und auf den Trottoirs zusätzlich noch Sole. Dort sind die Erfahrungen bisher positiv. Bei minimalem Schneefall muss allerdings immer zuerst gepflügt werden. Es sind zwei Einsätze nötig, so ist die Sole auch nicht optimal. In der Stadt Basel gibt es bis heute noch keinen Einsatz von Feuchtsale und Salzsole, weil Basel offenbar entschieden hat, dass es nicht rentiert. Zusammenfassend können wir sagen, dass in Allschwil ein Einsatz von Salz und Sole nicht im Vordergrund steht. Gerade auf den Trottoirs, die einen guten Einsatzbereich darstellen

würden, sind die Hausbesitzer selber dafür besorgt, dass sie den Schnee räumen und mit Salz dafür sorgen, dass sich kein Glatteis bildet. Zudem hat die Gemeinde Allschwil ein neues Salzsilo angeschafft, wodurch wir die Versorgungssicherheit auf ein Maximum erhöht haben. Wir haben einen Salzvorrat, der in der Regel für ein Jahr reicht. So kann es nicht passieren, dass wir in einer strengen Zeit mit dem Nachschub Probleme haben. Wenn man schaut, wie stark das Einsparpotenzial beim einfachen System ist, also 25% weniger Salz, dann reden wir von einem Betrag von rund CHF 2'000 bis CHF 5'000, die wir einsparen können im Jahr. Das ist sehr unverhältnismässig zu den Investitionen von rund CHF 70'000. Ich möchte Ihnen darum beliebt machen, weil keine Langzeiterfahrungen vorhanden sind, weil auf den Trottoirs die Privaten zuständig sind und weil hohe Umrüstkosten ab CHF 70'000 erforderlich sind, das Postulat abzulehnen.

Josua Studer, parteilos: Meine Idee habe ich auf Papier gebracht, ich bin gespannt, was die anderen Mitglieder davon halten.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Ein Punkt, den der Gemeinderat nicht erwähnt hat, den ich aber wesentlich finde, ist das Handling mit diesen Geräten. So wie wir es heute haben, ist man ziemlich effizient. Jeder kann einen Kessel Salz nehmen und streuen. Es ist oft entscheidend, gerade bei uns, wir haben überfrierende Eisflächen und Wege, dass es schnell und überall begehbar ist. Darum möchte ich dem Antrag des Gemeinderates folgen.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Der Postulant hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass der Einsatz von grossen Mengen an Salz schädlich ist für die Umwelt, die Tiere und die Schuhe. Dank Sole kann der Salzeinsatz vermindert werden, das hat Gemeinderat Robert Vogt ausgeführt. Der Umstieg auf Sole hat zudem den Vorteil, dass man weniger abhängig wäre von den Salzlagern. Wir haben zwar ein eigenes Salzlager in Allschwil, aber in einem strengen Winter kann es sein, dass es nicht reicht. Die Sole ist einfacher verfügbar wie reines Salz. In der Schweiz ist Sole an verschiedenen Orten im Einsatz, zum Beispiel im Kanton Graubünden. Im Kanton Graubünden hat es bekanntlich wesentlich mehr Schnee als in Allschwil. Auch in der Stadt Bern liegen Langzeiterfahrungen vor und im Flughafen Zürich. Wir haben einen Vorschlag, wenn das Postulat überwiesen werden würde, dass man eine Alternative prüfen könnte und zwar Zuckermelasse. Das wäre umweltfreundlicher als das Salz, es ist ein Abfallprodukt aus der Rohrzuckerindustrie. Falls das Postulat überwiesen wird, möchten wir beliebt machen, dass man dies zusätzlich prüft. Aufgrund dieser Argumente bitten wir um Überweisung dieses Postulats.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben dieses Postulat interessiert zur Kenntnis genommen. Wir sind zum Schluss gekommen, weil wir a das neue Salzsilo haben in der Gemeinde und b langfristige Erfahrungen noch nicht vorliegen, dieses Postulat ablehnen.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Die Stossrichtung des Postulats stimmt im Prinzip. Wenn ich Robi Vogt zuhöre, dann heisst es, dass der Gemeinderat gerne abwarten möchte, bis Erfahrungen in anderen Gemeinden gesammelt werden und wir diese nicht machen müssen. Wenn wir es jetzt überweisen, dann würden wir bald das gleiche zu hören bekommen, wie Robi Vogt heute es gesagt, und dann stehen wir wieder am gleichen Ort. Ich würde gerne dieses Postulat mit einem Zeitverzögerer ausrüsten, oder wir lehnen es heute ab und Josua Studer kann später wieder kommen, wenn die Erfahrungen in den anderen Gemeinden gemacht wurden. Das wäre eine pragmatische Lösung.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Die Rednerliste ist erschöpft, wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung des Postulats.

://:

Das Postulat wird grossmehrheitlich nicht überwiesen.

561 01.030 Einwohnerrat

Traktnadum 6

Postulat von Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, vom 28.04.2010 betreffend
Pedibus für Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 3941

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Es freut mich, dass das Postulat hier zum Thema wird. Es ist nun zum vierten Mal traktandiert. Das ist der Grund, weshalb wir die dringliche Motion eingereicht haben. Die Einwohnerratssitzungen haben in letzter Zeit an Effizienz zu wünschen übrig gelassen. Wir haben schon ein paar Mal im Einwohnerrat gehört, dass es ein Problem ist, dass viele Eltern ihre Kinder mit Autos in die Schule oder in den Kindergarten bringen. Das führt zu Sicherheitsproblem, zu Lärm und zu unnötiger Luftverschmutzung. Als Vater eines Sohnes kann ich die Sicherheitsbedürfnisse der Eltern nachvollziehen. Um diesem Sicherheitsbedürfnis der Eltern Rechnung zu tragen, schlage ich vor, in Allschwil die Einführung eines Pedibus zu prüfen. Die Idee ist, dass eine erwachsene Begleitperson zu Fuss das Kind abholt zu festgelegten Zeiten an bestimmten Orten und dann zur Schule oder in den Kindergarten begleitet. Das bringt für die Kinder den Vorteil, dass sie begleitet sind, dass sie lernen selbstständig in die Schule zu gehen, dass sie mehr Bewegung haben, zusätzliche soziale Kontakte haben auf dem Schulweg und laut Studie sind diese Kinder konzentrierter im Unterricht, weil sie sich mehr bewegen. Für die Eltern hat es den Vorteil, dass ihr Sicherheitsbedürfnis befriedigt wird, sie wären entlastet und müssten die Kinder nicht selber in die Schule bringen. Für die Umwelt hat es den Vorteil, dass es weniger Lärm und weniger Abgase gibt. Ich bin etwas überrascht und finde es schade, dass der Gemeinderat das Postulat nicht entgegennehmen möchte. Man befürchtet grosse finanzielle Investitionen, das muss aber nicht unbedingt der Fall sein. Ich könnte mir vorstellen, dass die Gemeinde die Rolle der Koordination übernimmt, dass Eltern von der Gemeinde informiert werden, dass sie sich zu einem solchen System zusammenschliessen sollen. Die Gemeinde kopiert und verteilt Unterlagen. Eventuell könnte die Gemeinde finanziell diese Begleitpersonen unterstützen, das muss aber nicht sein. Das ganze System wäre für die Gemeinde Allschwil nicht mit grossen Kosten verbunden, darum bitte ich Sie um Überweisung dieses Postulats.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Der Gemeinderat möchte dieses Postulat nicht entgegennehmen und zwar aus folgendem Hauptgrund. Nach geltender Rechtslage ist der Schulweg Sache der Eltern. Auch bei diesem Pedibus geht es nicht nur darum, die schwierigen Strassen zu überqueren, sondern der ganze Weg soll begleitet werden. Ein Pedibus würde in unseren Augen eine sehr grosse Organisation und einen grossen Aufwand seitens der Gemeinde bedeuten. Wenn sich das Problem vom Elterntaxi durch einen Pedibus erledigen würde, wäre dies sicher ein grosser Gewinn. Darum würde es der Gemeinderat selbstverständlich begrüssen, wenn eine private Trägerschaft die Initiative ergreifen würde. Allenfalls wäre die Gemeinde bereit in diesem Fall zum Beispiel Hilfe bei der Routenplanung zu bieten.

Josua Studer, parteilos: Primär muss man sagen, dass der Pedibus verschiedene positive Aspekt hat. Gesünderes Allschwil, sie bewegen sich und Nachbarschaftskontakte könnten gepflegt werden. Man kann nicht sagen, dass dies eine schlechte Sache sei und sie würde nicht gut funktionieren. Oberwil hat aufs neue Schuljahr dies eingeführt. Es wird nicht von der Gemeinde selber gemacht. Es ist die Aktion wohnliches Oberwil, die das macht. Das wäre sicher in Allschwil auch möglich. Die Gemeinderätin hat gesagt, dass sie je nach dem helfen würden. Aber für das müssten sie das Postulat entgegennehmen. Wenn man etwas nicht entgegennimmt, dann ist es erledigt. Vielleicht wird hier zu viel Aufwand gesehen und man hat Angst davor, anstatt dass man dies jetzt prüfen würde und schaut, was man daraus machen könnte. Wir haben genug Organisationen in Allschwil, die dies gerne machen würden, wenn sie eine gewisse Unterstützung haben. Man braucht eine Art Haltestelltafel, das braucht die Hilfe der Gemeinde, damit die Eltern, die dies machen möchte, wissen, was der Rechtsweg wäre oder wie der Werkhof zu kontaktieren wäre. Das wäre eine Chance für die Gemeinde dies zu machen. Ich bitte sehr, dass wir dies überweisen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Pedibus ist eine gute Sache und eine gute Sache sollte man unterstützen. Der Schulweg ist ein wichtiger Teil im Leben eines jungen Menschen. Dort lernen die Kinder Schritt für Schritt Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, Gefahren zu erkennen und vernünftig zu handeln. Leider ist es heute nicht mehr so, dass die Kinder Schritt für Schritt in die Schule

gehen, sondern sie werden mit dem Auto gefahren. Das birgt Gefahren. Ein Auto vom Nachbar mehr macht den Schulweg nicht unbedingt sicherer, also fahre ich mein Kind auch. Zunehmen kann man feststellen, dass die Kinder rollen, früher haben wir dem Trottinett gesagt, also auch nicht mehr Schritt für Schritt. Es ist wichtig für uns, dass der Schulweg in der Verantwortung der Eltern liegt und nicht Sache der Schule ist. Somit wäre es für uns von der Fraktion an den Eltern, sich bei Bedarf zu organisieren, wie beim Sport und der Musik, und das Angebot selbstständig auf die Beine zu stellen, und dann, das hat der Gemeinderat gesagt, allenfalls die Gemeinde um Unterstützung zu bitten. Es ist eine gute Idee, leider momentan noch an der falschen Adresse. Die Fraktion möchte darum das Postulat nicht überweisen. Sollte aber in ein paar Jahren das neue Schulhaus gebaut werden, dann könnte man das Postulat allenfalls prüfen und neu lancieren.

Markus Gruber, FDP/GLP-Fraktion: Auch die FDP/GLP-Fraktion hat Sympathien für dieses Postulat und würde im Prinzip einen Pedibus unterstützen, allerdings ist die Mehrheit der Fraktionsmitglieder der Ansicht, wie der Gemeinderat auch, dass dies nicht Aufgabe der Gemeinde ist, sondern sieht das als Privatsache der Eltern an. Auch wir würden es begrüßen, wenn es solche Initiativen gäbe, die möglicherweise von Gemeindeseite unterstützt werden kann, zum Beispiel mit einem Brief der Schulleitung. Wir würden es auch begrüßen, wenn die Schulkinder mehr den Schulweg zu Fuss begleitet machen, so dass die Sicherheit im Vordergrund steht. Trotz allem denkt eine Mehrheit der Fraktion, dass dies nicht Aufgabe der Gemeinde ist und lehnt das Postulat ab.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben dieses Postulat ebenfalls diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass der Schulweg nicht Sache der Schule oder der Gemeinde ist, sondern Sache der Eltern. Das zeigt auch das Beispiel von Josua Studer, in Oberwil hat man den Pedibus, aber dort wird er nicht von der Gemeinde organisiert, sondern von einer privaten Organisation. Darum meinen auch wir, dass man dieses Postulat ablehnen soll.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: "Der Schulweg liegt im Bereich der Elternverantwortung", diesen Satz habe ich gehört vorhin. Der Schulweg ist im Einwohnerrat ein Dauerthema. Wir haben schon Kindergärten aus den Quartieren genommen, weil Kinder und Familien zu Hunderten gesessen haben, wir haben gekämpft um Fussgängerstreifen, um den Schulweg sicherer zu machen. Es hiess, das brauche man nicht, es würde den Verkehr hindern. Wir haben früher sogar Schülerlotsen gehabt, bis vor 28 Jahren, dann mussten wir damit aufhören. Thema Verantwortung. Wir hatten Sekundarschüler auf den Kreuzungen mit Kellen, um den Schulweg sicherer zu machen. Man hat damit aufgehört, weil Autofahrer, Töfffahrer, Velofahrer etc. nicht auf diese Kelle geschaut haben. Ich finde es hart zu sagen, dass es Elternsache sei. Auch die Schulhäuser werden eventuell zusammengelegt, der Schulweg würde länger werden. Das Elterntaxi ist ein Thema. Bei uns im Bettenacker haben wir eine so genannte Begabtenförderung, Donnerstag und Dienstag. Da kommen aus der ganzen Gemeinde Kinder ins Bettenacker. Ich wette mit Ihnen, die kommen mit dem Auto. Begabte Kinder fahren Auto. Ich begreife das Anliegen von diesem Vorstoss, der Schulweg ist ein Thema. Wer kleine Kinder hat, der weiss, von was wir reden. Je weiter der Schulweg, desto heisser wird er. Ob das Elterntaxi das richtige ist, weiss ich nicht. Wer hat die Verantwortung? Die Schule kann sie nicht übernehmen, die Eltern vielleicht auch nicht. Wer denn?

Josua Studer, parteilos: Ich bin etwas erstaunt, dass das Postulat, das eine Abklärung betrifft und kein Befehl ist, einfach so, trotz Sympathie, abgelehnt werden soll seitens FDP, CVP. Speziell die CVP ist eine Familienpartei. Ich bin erstaunt, dass sie dies nicht unterstützen wollen. Man sagt, dass die Eltern zuständig seien. Heute haben wir die Tagesbetreuung. Die Tagesbetreuungen sind bald zuständig für Kinder und die Schulwege. Die Eltern sind im weitesten Sinn verantwortlich vom Gesetz her. Der Schulleiter, der von der Gemeinde ist, darf das machen, und sonst muss es privater Natur sein. Muss ein einzelner Einwohnerrat oder eine Einwohnerrätin zu den Organisationen gehen und diese fragen, ob sie das machen könnten? Wieso soll der Gemeinderat, der viel Wissen hat und breit abgestützt ist, überall Einsitz hat, dies nicht abklären und Lösungen und Empfehlungen bringen? Dann könnten die einzelnen Organisationen sich melden, es ist keine grosse Sache.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung.

://:

Das Postulat wird mit 15 Ja, 13 Nein und 2 Enthaltungen überwiesen.

562 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Postulat von Christoph Benz und Barbara Selinger, EVP, Andreas Bammatter, SP, Julia Gosteli, Grüne, Jérôme Mollat, Grünliberale, vom 10.05.2010 betreffend Sauberer Strom für Allschwil (Atom- und CO2-frei)
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3942

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Der Gemeinderat nimmt dieses Postulat entgegen. Mir liegt ein Gegenantrag der SVP vor.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Mit diesem Vorstoss möchten die Postulanten erwirken, dass die Einwohnergemeinde Allschwil in Zukunft jährlich mit wiederkehrenden Kosten von CHF 55'000 ausnahmslos elektrische Energie aus erneuerbaren Quellen, also atom- und CO2-freier Strom einkaufen soll. Wir sind diesem Anliegen nachgegangen. Als Finanzpolitiker hat mich die Gegenleistung oder das Kosten/Wirkungs-Prinzip interessiert. In der Begründung erwecken die Postulanten dem Leser den Eindruck, mit einem Aufpreis von CHF 55'000 jährlich für die Einwohnergemeinde Allschwil ausnahmslos Strom aus erneuerbaren Produktionsquellen zu beziehen. Der Wunsch ist das eine, das Machbare das andere. Nach Informationen vom Stromlieferanten EBM setzt sich der aktuelle Strom im EBM-Netz aus 60% Wasserkraft und 40% Atomkraft zusammen. Der vollständige Substitution vom Atomstromanteil im Umfang von 1'000'000 Kilowattstunden für die Einwohnergemeinde durch Strom aus Wasserkraft und/oder alternativen Quellen ist kurz bis mittelfristig im Verbrauchernetz der EBM gar nicht realisierbar. Erst wenn die 235'000 Verbraucher, insbesondere die Grosskunden aus der Wirtschaft, massiv nach diesen teuren Produkten verlangen, wird eine ins Gewicht fallende Veränderung vom heutigen Angebot möglich sein. Randnotiz: Die EBM verkauft jährlich für CHF 250'000'000 Strom, davon entfallen, ohne Berücksichtigung der Preisunterschiede, CHF 100'000'000 auf Energie aus Kernkraftanlagen. Im Klartext heisst das, dass die EBM um den Betrag von CHF 55'000 weniger Atomstrom einkauft. Wir reduzieren mit diesen wiederkehrenden Mehrausgaben den Anteil von zugekauftem Atomstrom im gesamten EBM-Abnehmernetz nur geringfügig. Die Produktionsquellen und Verteilernetze können physikalisch nicht beeinflusst werden, wohin der Strom geliefert werden soll. Er fliesst dorthin, wo er gerade nachgefragt wird, bzw. dorthin, wo der Verbrauch am höchsten ist. Der EBM-Strommix aus den Steckdosen in den Schulhäusern und in den Gemeindebetrieben ist deshalb noch lange nicht atomfrei. Den ökologischen Fussabdruck von Allschwil würden wir damit nicht nennenswert verändern. Nachhaltiger und überregionaler Klima- und Umweltschutz erkaufen wir uns damit nicht. Es muss die Frage erlaubt sein, wie bei einem Trend zur negativen Stromversorgungsbilanz der Schweiz, Quelle eidgenössisches Energieamt, der Kernkraftproduktionsanteil von 40% durch erneuerbare Quellen, heutiger Anteil 0,6%, oder von der praktisch ausgereizten Kapazitäten der Wasserkraftwerke, heute rund 56%, kurz- bis mittelfristig ersetzt werden soll. Die SVP-Fraktion ist deshalb zum Schluss gekommen, diesem Ansinnen bereits im Ansatz entgegenzutreten und Antrag auf Nichtüberweisung einzureichen. Mit diesem Postulat wird versucht, ein neues Bohrloch in die Gemeindekasse zu setzen. Wir sind gegen neue Ausgaben, die nicht zu den Kernaufgaben gehören, und für diese kein adäquater Nutzwerk nachgewiesen werden kann. Der Strommix für Allschwil würde nur marginal verändert und vom Atomstrom entlastet werden. Das Szenario von CO2- und atomfreiem Strom in Allschwil wäre nur über eine dedizierte Produktionsquelle und ein autonomes Netz zu verwirklichen. Allschwil erreicht mehr in dieser Hinsicht, wenn der Leitidee 8 der strategischen Zielsetzung und Massnahmenplanung Nachachtung verschafft wird. Das ist Energieeffizienz. Setzen wir unsere Aufmerksamkeit und die zur Verfügung stehenden Mittel dafür ein. Wir würden uns freuen, wenn das Parlament unsere Einschätzungen in die Beurteilung dieses Postulats einbringen würde.

Christoph Benz SP/EVP-Fraktion: Ich muss einen Moment studieren, was ich dazu sage. Ich kann gewisse Sachen von Hans-Peter Tschui nachvollziehen. Natürlich kostet es mehr und man kann sagen, es sei ein Tropfen auf dem heissen Stein. Was es wirklich mehr kostet, ist ein halber Kaffee Crème pro Einwohner in Allschwil, ich meine, das trägt es. Die CHF 55'000 finde auch ich nicht lustig, die die Gemeinde Allschwil mehr bezahlen muss. Die Signalwirkung, die es hat, ist aber nicht zu unterschätzen. Rechnerisch alleine kann man sagen, dass es nicht ins Gewicht fällt. Das mit den Grossbezügern habe

ich verstanden. Es macht aber trotzdem etwas aus, wenn Leute wie ich und andere sagen, dass wir von der EBM Strom möchten, der so und so zusammengesetzt ist und dass wir keine AKW wollen. Dieses Signal müssen irgendwann eine EBM, Axpo oder wer auch immer hören und langsam anfangen zu handeln. Die Schweiz bleibt momentan beim Altbewährten, sie produzieren Strom aus AKW, der nur darum billig sind, weil man die Rechnung ohne Wirt macht. Das ist alles andere als nachhaltig. Diese Art zu rechnen ist aus bürgerlicher Sicht, dass es am Schluss aufgeht, absolut dumm. Darum komme ich mit dieser Idee. Es ist richtig, dass zuerst die Effizienzsteigerung kommen muss. Ich wäre froh, wenn dahinten zugehört wird.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ruhe bitte.

Christoph Benz SP/EVP-Fraktion: Zuerst kommt die Effizienzsteigerung, darum kommen wir nicht herum. Wir können nicht den Verbrauch, den wir heute haben und der eh steigt und noch mehr steigen wird, mit erneuerbaren Energien auffangen können. Das ist richtig. Wir müssen den erneuerbaren Energien mehr Gewicht geben, das fördert unsere Wirtschaft, Handwerkerbetriebe, die Aufträge in dieser Richtung erhalten werden, das ist nicht zu unterschätzen. Man hat gesehen, was passiert im Raum Grenchen, Solothurn, wenn ein guter Unternehmer wie Hayek kommt. Im Moment kann man mit Wasserkraft, die nicht wahnsinnig umweltschützend ist, je nach Produktion, und mit AKW stützen, bis wir etwas besseres haben. Diese Veränderung bis zu meinem hoffentlich Total-Ausstieg aus AKW muss fliessend passieren. Mit solchen Schritten kann man der Wirtschaft fliessend und schrittweise signalisieren, was man will. Sie hat Zeit zu reagieren, es ist keine Hauruck-Übung, man hat die Zeit, um Erfahrungen zu sammeln und zu verbessern und man kommt näher. Das ist die Absicht.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich kann dazu sagen, dass der Gemeinderat bereit ist, dies entgegenzunehmen. Man muss es nicht unbedingt an den CHF 55'000 aufhängen, sondern der Gemeinderat würde berichten, welche Alternativen es zu diesem Vorschlag von Herrn Benz gibt.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben das Postulat ausgiebig diskutiert und sind zum Schluss gekommen, wenn der Gemeinderat bereit ist, dies entgegenzunehmen, dass wir uns dem nicht widersetzen möchten. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, dass das Ganze an den Atomstrom-Separator erinnert. Das ist ein kleines Gerät, dass man sich an die Steckdose macht und dann hat man keinen Atomstrom mehr. Dieses Gerät gibt es leider nicht. Kurzes Fazit: Wir stimmen dem Postulat zu, wenn sich unsere Begeisterung auch in Grenzen hält.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Natürlich schmerzen auch die FDP/GLP-Fraktion die Mehrkosten durch den veränderten Mix. Aber es ist auch uns bekannt, dass der Strom nicht einfach aus der Steckdose stammt und dass Nachhaltigkeit nicht zum Nulltarif zu haben ist. Darum werden wir von der FDP/GLP-Fraktion die Prüfung des Postulats grossmehrheitlich unterstützen.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte nur kurz anfügen, dass ich ursprünglich das Postulat im lateinischen Sinn von postulare, fordern, formuliert habe, dass der Gemeinderat dies machen soll. Es ist mir klar, dass es ein Postulat ist, das überprüft und berichtet wird. Nachträglich habe ich es auch im Wortlaut eingefügt, dass es um das Prüfen und Berichten geht. Wenn man bei dieser Übung merkt, dass es, wie die SVP befürchtet, keine gute Version ist, dann kann man darüber abstimmen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es ändert nichts, wenn du den Stecker heute hinein tust und morgen umschalten möchtest, respektive die CHF 55'000 jedes Jahr ausschütten würdest, dann haben wir den gleichen Strom. Es ist das gleiche, wie anfänglich beim Brot, das Biobrot geheissen hat. Das Label wurde am Anfang gar nie so vertreten. Ich bin Bäcker/Konditor. Der Weizen beim Biobrot wurde genau gleich gespritzt, weil der Nachbar den Weizen gespritzt hat. Der andere hat Biomaterial gemacht, er hat nur den Anbau biologisch. Aber der Weizen war schlussendlich nicht biologischer wie beim Nachbarn. Das kommt mir ähnlich vor. Man möchte mehr zahlen, für das man aber nichts besseres erhält.

Rita Urscheler, Grüne Fraktion: Liebe schweizerische Volkspartei. Im Blick, und das ist sicher kein links/grünes Kampfblatt, war gestern eine Umfrage Atomstrom Ja oder Nein. 70% der Abstimmenden haben klar gesagt, sie wollen keinen Atomstrom, sondern Alternativen fördern. Das sollten wir beachten, das ist der Volkswille. Blick.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Ich möchte eine kleine Ergänzung anbringen. Es ist eine physikalische Tatsache, dass niemand sagen kann, was schlussendlich aus der Steckdose herauskommt, da gebe ich Herrn Tschui recht. Strom geht aber immer der Weg des geringsten Widerstandes, wie viele Menschen auch. Trotzdem würde die EBM verpflichtet werden, wenn wir das Postulat überweisen, eine bestimmte Menge Strom einzukaufen aus erneuerbaren Energiequellen. Wenn sie das selber nicht bereitstellen kann, dann muss sie das auf dem Markt einkaufen. Das hat zur Folge, falls die Kapazität nicht da wäre, dass man Solarzellen auf die Dächer machen müsste, um den Strom zu produzieren. Es hat Auswirkungen und es wird nicht alles beim Alten bleiben, wenn wir das Postulat überweisen. Beim Thema Energiestadtlabel, das leider im Einwohnerrat abgelehnt wurde, war grossmehrheitlich der Tenor, dass Energiesparen gut sei, aber man brauche dazu kein Label, lieber konkrete Projekte. Hier geht es um einen konkreten Vorschlag, was man machen könnte, deshalb schlage ich Ihnen vor, dieses Postulat zu unterstützen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Die Rednerliste ist erschöpft, wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung des Postulats.

://:

Das Postulat wird mit 21 Ja, 9 Nein und 0 Enthaltungen überwiesen.

563 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 15.06.2010 betreffend
Mehr Sicherheit in unserer Gemeinde
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft3948

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die grenznahen Gemeinden in unserem Kanton werden immer wieder von Einbrecherbanden heimgesucht. Viele Bewohner in der Gemeinde sind verunsichert und fühlen sich nicht mehr wohl. Die Lage von unserer Gemeinde ist ideal für Diebesbanden aus dem Nachbarland. Wir sind leicht zu erreichen und nach getaner Tat kann man gut wieder gehen. Unsere Kantonspolizei ist offenbar mit diesem Problem überfordert. Laut Statistik sind in diesem Jahr 53% mehr Einbrüche getätigt worden als im Vorjahr. Im Landrat wurde zu diesem Thema auch eine Motion eingereicht, die vermehrt nächtliche Patrouillen in Wohn- und Gewerbegebiet verlangen. Zusätzlich zu dem sollten unsere Gemeindepolizisten mit Patrouillen in den Quartieren Präsenz zeigen. Zurzeit gibt es zwei Gemeindepolizisten, eine Stelle ist offen. Die beiden zurzeit im Einsatz stehenden Gemeindepolizisten sind vollauf mit administrativer Arbeit beschäftigt. Für präventive Patrouillenfahrten bleibt da keine Zeit. Ich mag mich daran erinnern, dass wir im Einwohnerrat vier Vollzeit-Polizeistellen bewilligt haben. Warum dieses Kontingent auf drei gekürzt wurde, ist unklar. Auffallend ist zudem die grosse Fluktuation, die in diesem Kader besteht. Ob das mit der Zusammenarbeit von unserer Gemeindepolizei mit der Kantonspolizei eine Rolle spielt, weiss ich nicht, aber diese ist sicher problematisch. Es besteht praktisch keine Zusammenarbeit und die Kommunikation ist auch nicht die beste. Diese Zustände sollten dringend mit dem Kanton besprochen werden. Der Gemeinderat sollte sich dem Problem annehmen und intervenieren. Unser Kantonspolizeiposten ist von abends um 18.00 Uhr bis morgens um 08.00 Uhr nicht besetzt. Und vom Freitagabend um 18.00 Uhr bis Montagmorgen um 08.00 Uhr ist auch niemand da. Für eine Gemeinde mit mehr als 19'000 Einwohner ist das unakzeptabel. Darum braucht Allschwil eine Gemeindepolizei, die Präsenz zeigen kann. Damit kann der Bevölkerung gezeigt werden, dass man ihre Sorgen ernst nimmt. Das Gemeindepolizeikader sollte wieder zu den damals vom Einwohnerrat bewilligten vier Vollzeitstellen erhöht werden und schauen, dass sie nicht nur mit administrativer Arbeit im Büro beschäftigt sind, sondern Präsenz in den Quartieren und auf der Strasse zeigen können. Übrigens sind auch wir ein Opfer von Einbrüchen geworden.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Bevor ich auf den Wortlaut eingehe des Postulats möchte ich zwei Sachen beantworten, die die Postulantin in ihrem mündlichen Votum gesagt hat. Zwei Männer und nur administrativ tätig. Es ist richtig, wir sind momentan unterdotiert, insgesamt fehlen zwei Leute. Wir haben eine Stelle, die wir besetzen werden per 01. Dezember und eine weitere Stelle ist noch offen, damit wir nachher wieder 320 Stellenprozente haben, die zurzeit geplant sind. Mit dieser Unterdotierung ist unsere Präsenz im Aussenraum ein bisschen reduziert, aber nur ein bisschen. Die Patrouillentätigkeit, das ist eine klare Anweisung von meiner Seite, hat erste Priorität und eine 2er-Patrouille ist täglich über mehrere Stunden unterwegs. Wir sind schon längstens daran, dies mit dem Kanton zu besprechen. Der Verband der Gemeindepolizisten ist im Kontakt mit der zuständigen Regierungsrätin, um die Situation zu verbessern, auf die ich nachher noch zu sprechen komme. Zweitens hat der Gemeindepräsident Anton Lauber Einsitz in der kantonalen Arbeitsgruppe "Reorganisation Polizei", und damit auch bei der Revision Polizeigesetz. Er bringt dort unseren Standpunkt mit ein bezüglich der Rolle der Gemeindepolizei und bezüglich Personalbestand bei der Polizei, um die Sicherheit, wie sie die Postulantin fordert, in Allschwil zu gewährleisten.

Ich komme zum Postulat. Die Postulantin beklagt die vielen Diebstähle und Einbruchdiebstähle, sie beklagt die fehlende Präsenz bei der Kantonspolizei, wo wir als Gemeinde nichts dafür können, sondern nur immer wieder diese bemängeln können. Da ist in erster Linie der Landrat gefragt, der das entsprechende Budget und die entsprechenden Stellen bewilligt. Weiter wünscht sich die Postulantin mehr Polizeipräsenz durch die Gemeindepolizei an Randzeiten und am Wochenende und schlägt die Wiedereinführung des Pickettdienstes vor und eine Stellenaufstockung von 300% auf 400%.

Ich muss das ein bisschen auseinander dividieren. Diebstähle und Einbruchdiebstähle sowie alle Gewaltdelikte liegen in der alleinigen Kompetenz der Kantonspolizei. Das heisst, selbst wenn eine Patrouille der GePo unterwegs ist oder abrufbar wäre, wird sie niemals von der Einsatzzentrale aufgeboden, selbst dann, wenn die nächste Kantonspolizeipatrouille eine halbe Stunde weg wäre. In diesem Fall nützt uns die GePo nichts. Ich möchte damit nicht unterstellen, dass die KaPo 30 Minuten weg ist, ich mache diesbezüglich keine Aussagen. Die Präsenz ist da, wir haben schliesslich einen ganztägig besetzten Posten in Allschwil. Die GePo kann nur einen kleinen Beitrag machen mit ihrer Patrouillentätigkeit, sodass sie, falls sie per Zufall etwas sehen würde, eingreifen könnte, bis die KaPo übernimmt, da es in der Zuständigkeit der KaPo liegt.

Zweitens: Wenn man einen Pickettdienst hat, dann erfolgt nur eine Reaktion. Zuerst muss jemand anrufen und dann können Leute, die auf Pickett sind, ausrücken. Das hat keine präventive Wirkung. Unser Pickettdienst, wenn wir einen hätten, würde gar nicht aufgeboden, weil Diebstahl, Einbruchdiebstahl usw. gar nicht in der Zuständigkeit der GePo liegt. Das ist so gesetzlich verankert. Aus diesem Grund haben wir vor drei Jahren den Pickettdienst abgeschafft und dafür die freie Zeitkapazitäten eingesetzt für vermehrte Patrouillentätigkeit, auch an einzelnen Abenden und Wochenendtagen. Damit haben wir einen kleinen zusätzlichen präventiven Beitrag geleistet. Nun ist die Forderung nach einer grundsätzlichen ständigen Präsenz an Randzeiten und Wochenenden da. Mit 300 Stellenprozenten können wir ein bis zwei Patrouillen unterwegs haben. An Wochentagen sind wir während vielen Stunden jeden Tag unterwegs und auch an einzelnen Abenden und an einzelnen Wochenendtagen. Wenn wir das auf 400 Stellenprozente aufstocken, dann können wir ein paar zusätzliche einzelne Abende oder einzelne Wochenendtage abdecken, aber wir sind noch weit weg von einer fast ständigen Präsenz. Wenn wir das wollen, dann reden wir von einem Schichtbetrieb, das wären dann grob geschätzt, befragen Sie mich nicht darauf, acht bis neun Mitarbeiter, damit wir dies im Dreischichtbetrieb abdecken könnten.

Ich komme zum Fazit: Der Pickettdienst, wie er in der Begründung erwähnt wird, ist das falsche Mittel. Mathilde Oppliger möchte erhöhte Patrouillentätigkeit. Eine Aufstockung um 100% bewirkt zwar eine kleine Erhöhung der Patrouillentätigkeit, aber damit sind wir weit weg von einer rundum Abdeckung. Die Forderung muss ganz klar vom Landrat an den Regierungsrat gehen, wenn man eine erhöhte Präsenz haben möchte. Die Prävention von Diebstahl usw. ist eine Aufgabe der Kantonspolizei. Da sind unsere Landräte, auch die hier im Saal anwesenden, gefordert. Aus diesen Gründen macht eine vertiefte Prüfung von diesem Postulat keinen Sinn. Der Gemeinderat beantragt Ihnen Nichtentgegennahme.

Josua Studer, parteilos: Lieber eine Motion als ein Postulat. Wir brauchen die Polizei, das müssen wir nicht abklären, das wissen wir. Zum guten Glück wohne ich in einem Quartier, wo die Nachbarschaft schaut, wo wir Hunde haben, die angeben. Ich wohne nicht auf einem Hof weit draussen, und wir haben Hunde, die angeben. Diese Hunde geben an, weil bereits Häuser observiert wurden, versuchte Einbrüche stattgefunden haben, und nur dank Eingreifen aus der Nachbarschaft dies verhindert werden konnte. Zum Glück wurde das nicht heftig, sonst hätte es dann noch geheissen, es sei Bürgerwehr und nicht unsere Aufgabe. Aber wenn die Polizei nicht da ist, dann muss man zu Eigenmitteln greifen. Dass die Polizei nicht dauernd da ist, ist klar und ist auch nicht zwingend. Aber wenn sie immer wieder einmal patrouilliert, wie wir es im Militär gelernt haben, nicht immer zur gleichen Zeit die Runde machen, unterschiedlich laufen, dann werden diejenigen, die etwas machen wollen, unsicher und sie vertrauen sich weniger. Sie müssen dann immer damit rechnen, dass sie überrascht werden. Wir brauchen zwingend

mehr Überwachung von Patrouillen. Man kann jetzt leicht sagen, dass sollen die Landräte machen. Herrschaften und Damschaften, ich habe das eingegeben, ich habe die Frage gestellt an die zuständige Regierungsrätin – sie wohnt nicht in Allschwil oder in Schönenbuch, sie wohnt in Reinach, das anscheinend sicherer ist – und sie hat gesagt, dass wir genug Patrouillen haben, sie seien auf der Lauer und man sieht sie halt nicht. Sie haben sich gut versteckt, das haben wir im Militär auch gemacht, wenn wir nicht arbeiten wollten. Es wäre schön, wenn Mathilde das in eine Motion umändern würde. Das ist im Geschäftsregelement vom Einwohnerrat nicht vorgesehen, aber es gibt einen Artikel darin, der sagt, wir können alles.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Was ist das Bedürfnis des Bürgers? Wenn er etwas sieht oder feststellt, dann sollte möglichst schnell jemand vor Ort sein, egal ob am Tag oder in der Nacht. Dafür eignet sich die Gemeindepolizei sehr schlecht. Nicht nur wegen der fehlenden gesetzlichen Kompetenz, es fehlt auch an einer 24-Stundenorganisation. Das braucht es, um diese Aufgabe zu erfüllen. Es wäre besser, wenn man besser mit der Polizei des Kantons Basel-Landschaft zusammenarbeiten würde. Das sieht man bei den Modellen, die in Liestal erarbeitet wurden oder in Bern, wo die Tendenz in eine andere Richtung geht, nämlich die Vereinheitlichung des Polizeikorps. Es bringt nichts, wenn die Polizisten auf dem Polizeiposten ihre Zeit absitzen und dort am Schalter sind, sondern sie müssen auf der Strasse sein. Deswegen geht das Postulat in Satz 1 in die richtige Richtung, nämlich dass man überprüft, wie man die Sicherheit verbessern könnte. In Satz 2 heisst es, dass man die Gemeindepolizei aufstocken soll. Das ist nicht nur sehr teuer, sondern es bringt wahrscheinlich nichts und zementiert die unbefriedigende Lösung, die wir heute haben. Es sollte mehr in die Richtung Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei gehen und die Modell prüfen, die einem die Kantonspolizei anbietet. Auch im Kanton Basel-Landschaft hat eine Patrouille circa neun Stellen. Was das kostet, ist gewaltig, nicht nur an Personalkosten, sondern auch Infrastruktur. Das ist eine einzige Patrouille für den ganzen Kanton Basel-Landschaft. Wenn man mehr Patrouillen möchte, dann kostet das enorm viel Geld. In einer Zeit, wo gerne viele Ausgaben beschlossen werden und die Einnahmen nicht entsprechend den Ausgaben steigen, haben wir das Problem, dass wir Prioritäten setzen müssen. Das ist eine ganz schwierige Aufgabe und das ist der Grund, weshalb wir im Kanton, obwohl es für mich eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ist, nämlich die Sicherheit gewährleisten, keine Mehrheiten haben, um Verschiebungen vorzunehmen, Ausgaben zu streichen und Ausgaben zu erhöhen. Wir wissen alle, wie schwierig es ist, wenn man mit bestehenden Mitteln an einem Ort streichen muss und an einem anderen erhöhen. Das ist der Grund, weshalb es wahrscheinlich nicht zu einer Erhöhung kommen wird der Polizei Basel-Landschaft. Schon gar nicht in einer Zeit, wo man darüber diskutiert, die Steuern zu erhöhen, um die bestehenden Ausgaben und Investitionen zu finanzieren.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Ich habe nach Reinach angerufen, weil das eine vergleichbare Gemeinde ist wie Allschwil. Mir wurde bestätigt, dass sie vier Vollzeitstellen bei der Gemeindepolizei haben. Allschwil ist vergleichbar mit Reinach. Ich selber staune auch, ich sehe ganz selten einen Polizisten in Allschwil. Ich fahre praktisch täglich von Allschwil nach Reinach und sehe dort sehr viele Polizisten. Vor allem zeigen sie sich am Morgen, wo alle Leute unterwegs sind, das gibt den Menschen ein Sicherheitsgefühl. Wenn man die Polizei sieht, dann hat man das Gefühl, sie seien da. Patrouille ist ein wichtiges Argument, es ist eine wichtige Aufgabe der Polizei. Die Polizei sollte sich auch in Allschwil mehr sichtbar machen. Ich bin für das Postulat.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es ist mir schon klar, dass man in Reinach Polizei sieht, sonst wäre ja die Chefin nicht einverstanden. Aus diesem Grund schaut man auch, dass man in Reinach möglichst viele Patrouillen fahren lässt, damit die Chefin zufrieden ist und die Sicherheit bei ihr zuhause gewährleistet ist. Diesen Eindruck macht es zumindest. Es ist nicht ganz ein halbes Jahr her, wo ich eine halbe Stunde gewartet habe. Ich hatte ein Gespräch mit Liestal, wo Frau Pegoraro nicht so viel Pfeffer im Arsch hatte, mit mir selber zu diskutieren. Sie hat einen Neben-Sekretär geschickt, weil sie wahrscheinlich Hemmungen hatte, es könnte ihr jemand im "Gärtli" herumgraben. Soviel zur Kantonspolizei. Man sieht sie wirklich nicht mehr. Wenn man die Ausführungen von Mathilde Oppliger wegen Bürozeiten der Kantonspolizei ernstnehmen möchte, dann muss ich sagen, dass auch das nicht stimmt. Meistens ist nämlich ein Schild da, dass sie momentan nicht da seien aus irgendwelchen Gründen. Dieses Wochenende ist ein riesen Raub passiert, nämlich im Migros Paradies wurden jegliche Geschäfte ausgeraubt. Am Montagmorgen haben die Leute gestaunt, meine Frau und meine Tochter auch. Sie meinte, sie hätte noch nie so viel Polizei gesehen. Anscheinend gibt es sie, aber erst dann wenn alles ausgeraubt ist. Die Spurensicherung kam. Was bringt das, wenn man den Täter nicht hat, also gleich Null.

Thomas, deine Leute laufen oder fahren schon. Aber weißt du, wo? Dort, wo ich renne, das heisst im Wald. Dort treffe ich sie häufig an, aber das ist nicht dort, wie sie die Leute wollen. In den Wald kannst du den Flurpolizisten schicken, aber nicht unsere Gemeindepolizei. Dort treffe ich sie oft an in der Woche. Das ist nicht die richtige Patrouillenfahrt, diese sollte im Dorf stattfinden und nicht ausserhalb. Den Rehen bringt es nichts und mir auch nicht, denn ich bin sicher und schnell genug, damit ich weglaufen kann. Ich unterstütze das Postulat und der Gemeinderat darf auch einmal Druck machen gegenüber dem Kanton. Habt doch keine Angst, beissen tut sie nicht. Sie sagt vielleicht nein, aber das sagt sie gerne.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich danke Thomas Pfaff für seine Ausführungen und Erläuterungen. Es ist mir wieder einmal klar geworden, dass unsere Gemeindepolizei nicht viele Kompetenzen hat und das ist sehr schade. Darum sollte man mehr Druck ausüben auf die Kantonspolizei. Diese sparen und sparen und machen immer weniger Polizeiposten. Der nächste Stützpunkt ist in Reinach. In Allschwil rücken wir damit immer mehr an den Rand, als Randständige, so werden wir behandelt. Betreffend der Kosten, die die Polizei verursacht. Herr Ballmer hat vor kurzer Zeit Steuersenkungen gemacht für das Gewerbe und jetzt fehlt ihm das Geld und das müssen wir Privaten, die um die Sicherheit besorgt sind, austragen. Wir müssen da ansetzen und mal schauen, dass man nicht immer Steuern senkt, sondern sie vielleicht so belässt und dafür hat man für wichtige Sachen genug Geld.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Uns ist klar, dass die Gemeindepolizei nicht die Kompetenz hat, um den grossen Sheriff zu spielen, wenn es zu einem Vorfall kommt, sondern immer mehr in den Ordnungsdienst abgedrängt wird. Wir meinen, dass es wichtig ist hier ein Zeichen zu setzen und sagen, dass es ein Bedürfnis gibt in der Gemeinde Allschwil, damit die Sicherheit erhöht wird. Die Einbrüche haben enorm zugenommen. Auch in unserem Quartier ist es zu einem Raubüberfall am helllichten Tag gekommen. Das ganze ist nur, in Anführungszeichen, ein Postulat, wo es darum geht, Bericht zu erstatten. Der Bericht kann ja auch so herauskommen, dass man andere Varianten vorschlägt, um die Sicherheit zu erhöhen, sei das, dass man bei der Kantonspolizei vorstellig wird und eine höhere Präsenz fordert oder dass man eine engere Zusammenarbeit mit der Grenzschutz anstrebt, die immer mehr polizeiliche Aufgaben hat.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich glaube, wir können es zusammenfassen: Wir verwechseln Äpfel mit Birnen. Wenn es Kantonssache ist, dann ist es Kantonssache. Wir bitten den Gemeinderat - Anton Lauber ist beim Kanton vorstellig - entsprechend Druck aufzusetzen. Es macht doch keinen Sinn, wenn wir eine Stunde lang über Sachen reden, über die wir nichts beschliessen können.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich habe mich über dein Votum, Mathilde, gefreut, genau das wollte ich auch sagen. Es ist ein kantonales Problem, es geht um die Kantonspolizei, und der Kanton hat zu wenig Geld. Warum hat er zu wenig Geld? Weil die bürgerlichen Parteien dafür gesorgt haben, dass wir Steuergeschäfte hatten in den letzten Jahren. Leute, die Geld haben, Vermögen, müssen nichts mehr bezahlen. Fatalerweise wird dann genau dort eingebrochen, denn man holt dort, wo etwas zu holen ist. Es ist eine gute Idee, darüber nachzudenken. Sollten wir nicht dazu parat sein, mehr Steuern zu bezahlen, diejenigen, die es können. Sie wissen am Ende des Lebens nicht mehr, was Sie bezahlt haben, das vergisst man. Dafür haben wir mehr Polizisten und kann sie bezahlen.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich möchte auf zwei Sachen eingehen, die Simon Zimmermann gesagt hat. Er hat seine Enttäuschung zum Ausdruck gebracht, wenn er am Morgen ins Gemeindezentrum kommt, dann steht er vor verschlossenen Türen der Gemeindepolizei, dabei wären gemäss Schild die normalen Öffnungszeiten. (Simon Zimmermann [ohne Mikrofon] weist darauf hin, dass er die Kantons-, und nicht die Gemeindepolizei meinte). Gut, dann hat sich das erübrigt. Ich habe mich angesprochen gefühlt, weil wir momentan mit zwei Stellen unterdotiert sind und sie den Auftrag haben, möglichst viel draussen zu sein, darum sind sie zeitweise nicht im Haus. Falls Sie aber etwas haben, dann melden Sie sich beim Empfang, dann kommt die Patrouille extra für Sie retour. Simon Zimmermann hat die Patrouillentätigkeit im Wald angesprochen. Dass Simon Zimmermann als kräftiger sportlicher Mann sich im Wald sicher fühlt und vor niemandem Angst hat, bezweifle ich nicht. Aber wir bieten dort Sicherheit für die schwächeren Mitglieder. Die ganze Thematik mit komischen Männern, die im Wald lungern und sich darum zum Beispiel ältere Leute und Frauen unsicher fühlen, dem begegnen wir mit einer aktiven Patrouillentätigkeit im Walde. Nur weil Simon Zimmermann unsere Patrouillen häufiger im Wald als im Siedlungsgebiet sieht, heisst das nichts. Unsere Hauptpatrouillentätigkeit ist im

Siedlungsgebiet, aber wir machen auch ganz bewusst den einen oder anderen Bogen über die Waldwege.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Christoph Benz, du hast ein gutes Stichwort gebracht: sparen. Die SVP hat angefangen Unterschriften zu sammeln bezüglich Theatermillionen, CHF 17'000'000. Wenn man das bachab schickt, dann können wir viele Polizisten einstellen und die Sicherheit ist gewährleistet. Da muss man sparen, das ist der richtige Ort, und dann können wir dieses Geld für die Sicherheit einsetzen. Den Luxus müssen wir jetzt herunterfahren, wenn wir kein Geld haben, wir müssen schauen, dass wir die Grundsituationen haben. Die Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Kantons und der Gemeinde. Dafür müssen wir Geld sprechen und nicht für das Theater Basel, wo relativ wenige schauen gehen.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Es ist interessant, dass in Reinach angeblich die Sicherheit so viel besser ist wegen Frau Pegoraro. Es ist so, dass sie in Pfeffingen wohnt, und das ist ziemlich weit weg von Reinach. Zur ganzen Steuerdebatte, die hier kurz aufgebrochen ist, muss man sagen, dass das Steuervolumen zugenommen hat. Der Kanton Basel-Landschaft nimmt jedes Jahr mehr Geld ein. Er gibt einfach noch mehr Geld aus, als er mehr einnimmt, das ist das Problem. Die Polizei Basel-Landschaft hat nie mehr Mittel erhalten, sondern das Geld wird in anderen Bereichen ausgegeben. Das ist die Grundproblematik der Finanzpolitik des Kantons. Die Polizei Kanton Basel-Landschaft hat gerade eine Reorganisation hinter sich. Diese hätte dazu führen sollen, dass die Polizei mehr auf der Strasse ist. Sie sollte dann mehr auf der Strasse sein, wenn Sachen passieren, also am Samstag- oder Freitagabend. Wenn die Polizei auf der Strasse ist, dann spielt es keine Rolle, wo der Polizeistützpunkt ist. Wenn sie im Auto sind, dann sind sie mobil. Es ist viel wichtiger, dass sie im Auto mobil und einsatzbereit sind, als dass sie irgendwo hinter einem Schalter sitzen. Von mir aus kann dieser Stützpunkt in Liestal sein. Wenn sie immer unterwegs sind auf unseren Strassen, dann sind sie auch schnell da, wenn jemand anruft. Es ist nicht nur ein Problem des Kantons, sondern es ist auch ein Problem der Gemeinde, weil es Modelle gibt, wo sich die Gemeinde vielleicht für das gleiche Geld eine bessere Sicherheitsdienstleistung einkaufen könnte, oder die Zusammenarbeit mit dem Kanton verbessern könnte, indem man diese Modell prüft, die es jetzt gibt. Ich wäre froh, wenn der Gemeinderat das macht, und wir für die gleichen Mittel eine bessere Dienstleistung und Sicherheit erhalten.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Die Rednerliste ist erschöpft, wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung dieses Postulats.

://:

Das Postulat wird mit 18 Ja, 12 Nein und 1 Enthaltung überwiesen.

Wir machen Pause bis 19.55 Uhr.

PAUSE

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir fahren mit der Sitzung fort und kommen zur Fragestunde. Als ersten Fragekomplex nehmen wir den von Andreas Bammatter betreffend Allschwiler Steuersubstrat und Generation 50plus. Wem darf ich das Wort erteilen?

Arnold Julier, Gemeinderat: Andreas Bammatter hat eine Frage eingereicht, ich weiss nicht, ob das verteilt wurde oder ob ich diese vorlesen muss. Die Fragen sind da, dann kann ich mit der Antwort anfangen. Ich hatte Mühe mit dem Vergleich zwischen dem Alterskonzept und dem Steuersubstrat von den 50plus, was hat das für einen Zusammenhang. Ob das reiche oder arme Leute sind, Alterswohnungen oder Pflegeplätze sind im gleichen Sinn, dass wir diese generieren möchten. Frage 1: Was wurde bereits im Rahmen der Erarbeitung eines Allschwiler Alterskonzepts erledigt und was ist noch offen? Die Arbeitsgruppe hat den Bericht heute dem Gemeinderat überwiesen. Das ist nicht unbedingt ein Leitbild von 10 bis 12 Seiten, sondern ein Alterskonzept von fast 80 Seiten. Damit kann sich der Einwohnerrat noch beschäftigen, eventuell gibt es noch mehr Seiten, wenn es der Gemeinderat behandelt hat. Wir haben uns dort insbesondere mit den Handlungsfeldern Information, Beratung, Koordination, Wohnen im Alter und Serviceleistungen im Alter beschäftigt. Aus dem Konzept

herausgenommen haben wir die Fachstelle für Information, Koordination und Beratung, damit man auflisten kann, welche Aufgabe diese Stelle erfüllen muss, damit wir diese Stelle besetzen können. Der Gemeinderat hat bereits beschlossen, dass die Fachstelle in den Gemeinden angesiedelt wird und zwar bei den sozialen Diensten, Gesundheit.

Frage 2: Wie sieht das Meilensteinkonzept aus? Wann kann der Einwohnerrat mit Ergebnissen rechnen? Wie gesagt, der Gemeinderat hat das Alterskonzept heute erhalten und am 07. Dezember wird der Gemeinderat dieses Konzept beraten an einer ausserordentlichen Sitzung. Dann wird die Arbeitsgruppe diese Fragen und Anmerkungen wieder mitnehmen in die Arbeitsgruppe und dies weiter bearbeiten. Die zweite Lesung des Alterskonzepts wird im Gemeinderat Januar/Februar 2011 stattfinden. Der Einbezug der Fraktionen wird voraussichtlich Februar und März 2011 stattfinden. Geplant ist, den Inhalt des Alterskonzepts den Fraktionspräsidenten und den delegierten Personen der Fraktionen zu präsentieren. Geplant ist, dass das Alterskonzept im ersten halben Jahr 2011 im Einwohnerrat beraten werden kann. Bezüglich der Umsetzung der einzelnen Massnahmen hat der Gemeinderat noch keine Entscheidung getroffen, weil wir es noch nicht behandelt haben und dementsprechend sind noch keine Meilensteine terminiert.

Frage 3: Sind gestützt auf die bisherigen erarbeiteten Kenntnisse bereits erste strategische Ziele zugunsten der Bevölkerungsgruppe 50plus definiert worden? Wenn ja, welche? Wir haben uns in der Arbeitsgruppe bewusst nicht mit dieser Personengruppe 50plus beschäftigt. Wir unterscheiden im Alterskonzept zwischen Seniorinnen und Senioren, das ist die so genannte dritte Generation, 60plus, und die betagten und hochbetagten Menschen, die so genannte vierte Generation, 80plus. Wir haben auch den Begriff ältere Menschen für die Gesamtheit der Personen im Pensionsalter. Die einzelnen Massnahmen haben strategische Zielsetzungen. Bezüglich der Umsetzung der einzelnen Massnahmen sind im Gemeinderat noch keine Entscheidungen getroffen worden. Das ist die Beantwortung der Fragen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich danke dem Gemeinderat, ich habe zum ersten Mal dieses Papier physisch gesehen. Ich habe eine Anschlussfrage, ob es dieses auf dem Schwarzmarkt schon zu sehen gibt? (schmunzelnd)

Arnold Julier, Gemeinderat: Es kommt immer darauf an, wie viel du in die Gemeindekasse legst. (schmunzelnd)

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion. Ich dürfte eigentlich nur noch eine Nachfrage stellen, aber du hast mich gefragt, warum 50plus. Wir haben viel investiert für die andere Generation, die junge Generation, gerade an der letzten Einwohnerratssitzung. Es wäre an der Zeit, dass wir auch für die Generationen 50plus, 60plus, 80plus etwas machen. Ich brenne darauf, bis es Januar, Februar und März wird, bis ich das endlich sehen kann.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zu den Fragen von Gabi Huschke zum Thema familienexterne Kinderbetreuung in Allschwil mit speziellem Fokus auf Kleinkinder.

Arnold Julier, Gemeinderat: Gabi Huschke möchte die aktuelle Warteliste, die habe ich vor mir. Auf dieser Liste sind 120 Kinder aufgeführt im Moment. Die 120 Kinder entsprechen 58 Ganztagesbetreuungen. Dieser Wert ist seit 2008 stabil. 2008 waren es 59 und 2009 57. Im laufenden Jahr sind 74 neue Anfragen gekommen für familienergänzende Kinderbetreuung und 26 Kinder konnten von der Liste gestrichen werden, weil die Eltern die Anmeldung zurückgezogen haben. Zwischen Januar und November 2010 konnten 19 Kinder von der Liste gestrichen werden, indem sie einen Betreuungsplatz bei subventionierten Institutionen gefunden haben. Der Wunsch war, dass man es altersmässig aufteilen sollte. Ein Jahr zurück gibt es diese Auflistung, 2008, 2009 und 2010. Da sieht man, dass die von 0 bis 4 Jahren die meist gefragten Plätze sind. 2008 94, 82, 77, 94. 5 bis 12 Jahre ist ungefähr immer im gleichen Rahmen, 15, 21, 18, 25. Nicht so gefragt waren 13 und mehr Jahre. Das ist letztendlich nur ein Kind im 2010. Ich habe einen Unterschied gemacht zwischen der nachgefragten Betreuungszeit. Bis 40% Betreuungszeit, da sind die meisten enthalten, 54 im 2008, 45 im 2009 und 41 zum Stand 17. Juli 2009 und am 16. November waren es 56. 41% bis 60%: 16, 33, 30, 29 und 61% bis 100%: 39, 25, 24 und 35. Mit dieser Auflistung habe ich auch Frage 2 beantwortet.

Frage 3: Der Gemeinderat ist sich der Problematik bewusst und beobachtet diese Entwicklung sehr genau. Mit der Überarbeitung der Leistungsvereinbarung mit dem Tageselternverein und der Stiftung Tagesheim werdet ihr euch im Dezember voraussichtlich beschäftigen können, es wurde heute im Gemeinderat verabschiedet. Dort hat der Gemeinderat die wichtigsten zeitgemässen

Rahmenbedingungen geschaffen. Die grösste Nachfrage besteht seit längerem bei der Altersgruppe 0 bis 4 Jahren. Tageseltern sehen in dieser Altersgruppe in gewissen Quartieren wie Ziegelei oder Dorf eine sehr hohe Nachfrage, aber leider zu wenig Tagesmütter. Die Interpretation von den demografischen Zahlen ist sehr schwierig. Es sind verschiedene Faktoren, die man hier berücksichtigen muss. Eine direkte Beeinflussung von diesen Faktoren haben wir im Gemeinderat nicht.

Frage 4: Wie begegnen wir dem, optimale Koordination von den vorhandenen Angeboten einerseits und allenfalls eine bedarfsgerechte Erweiterung der Angebote. Durch die positiven Auswirkungen im Angebot Tageskindergarten und Tagesschule werden die Betreuungsplätze wieder frei für Kleinkinder, indem die älteren Kinder, die im Tagesheim oder bei den Tageseltern nicht mehr gebraucht werden. Nicht zuletzt verspricht sich die Gemeinde von der Einführung des Gesetzes über familienergänzende Kinderbetreuung eine gewisse Entlastung. Man muss sehen, dass verschiedene Institutionen in letzter Zeit gewachsen sind und sich etabliert haben, zum Beispiel Schlumpfhüsli, Kinderschloss, Seebad, Gumpi usw. Das sind die Antworten auf diese Fragen.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich fand es sehr interessant, was ich aus der Statistik gesehen habe. Es erstaunt mich nicht, dass 94 Kinder im Alter von 0 bis 4 Jahren auf der Warteliste sind. Das ist etwas, das ich von den Tagesheimen höre, wo ich als Stiftungsrätin dabei bin, der Anstieg von den ganz Kleinen. In den Tagesheimen muss man den Eltern sagen, dass sie mit rund einem Jahr Wartezeit rechnen müssen. Ich finde diese Wartezeit zu lange. Wir planen Kindergärten neu, weil mehr Kinder kommen sollen, so kann ich mir nicht vorstellen, dass diese Zahl wegen der Tagesschule zurückgehen wird bei den Kleinen. Auch die Erweiterung des Angebots betrifft nicht die Kleinen. 56 haben angefragt bei den Kleinen, die bis 40% betreut werden wollen. Tagesheime decken das nicht ab, dort ist die Minimalbetreuung 40%. Ich finde, in dieser Gemeinde fehlt etwas, um dem Ansturm von kleinen Kindern zu begegnen. Ich bin sehr froh, dass ich diese Zahlen bekommen habe. Danke vielmals.

Kathrin Gürtler, Präsidentin; Wir kommen zu den Fragen von Christoph Benz betreffend Velosicherheit Baselmattweg, Verkehr total gesperrt und Parkfelder.

Robert Vogt, Gemeinderat: Auf die Fragen von Christoph Benz kann ich wie folgt antworten: Zur ersten Frage, Velosicherheit am Hegenheimermattweg habe ich Ihnen am 25. März letzten Jahres erklärt, dass wir den Hegenheimermattweg erst im Jahr 2015 sanieren möchten. Wir haben im laufenden Jahr eine Studie in Auftrag gegeben, wo die Resultate dem Gemeinderat noch nicht bekannt sind. Auf jeden Fall wird dort das Thema Velosicherheit behandelt. Aufgrund von verschiedenen Baustellen am Hegenheimermattweg gab es immer wieder gefährliche Situationen, das wissen wir. Es ist aber praktisch unmöglich, diese Situationen ganz zu vermeiden. Selbstverständlich waren immer Bewachungsleute vor Ort, die die ganz gefährlichen Situationen gesichert haben. Die von Christoph Benz vorgeschlagene Massnahme, dass die Velofahrer auf der Seite vom Jugend- und Freizeithaus im Gegenverkehr fahren könnten, lehnt der Gemeinderat entschieden ab. Das wäre eher negativ und könnte viel gefährlicher werden. In der heutigen Situation soll der Veloverkehr auf der Seite vom Jugendfreizeithaus und auf der Seite in Richtung Allschwil, Actelion, sein.

Zur Frage 2: Die 3 cm Randsteinkante beim Alterszentrum, wo der Veloweg kombiniert ist mit dem Fussweg. Dort ist es so, dass Christoph Benz schon mehrmals bei der Gemeindeverwaltung vorgesprochen hat. Dort ist es ganz bewusst, wir haben dem Tiefbau angeordnet, dass dort ein Randstein sein muss, der wird nicht abgeschrägt. Sonst kann das zu gefährlichen Situationen führen, wenn der Radfahrer beim Baselmattweg zu schnell durchfahren möchte und dadurch die alten Menschen gefährdet. Deswegen möchten wir daran festhalten und die Randsteinkante so behalten, wie sie ist.

Frage 3: Wer mit dem Velo aus dem Kreisel fährt, wird nach der Traminselfahrt über die Tramschiene geführt mit einem grossen Höhenunterschied. Das ist ein Problem, das wir erkannt haben und dem Kanton weiterleiten werden, damit dies möglichst behoben werden kann.

Frage 4: Beim Schlappmatten-Kindergarten gab es eine Totalsperrung beim Baselmattweg, weil eine Kanalisationsleitung gebaut wird. Das ist offiziell, es ist eine Baustelle, wo auch Allmendgebühren entrichtet werden. Im Tiefbau sind wir der Ansicht, dass dies vertretbar ist. Wir haben eine kurze Bauzeit, die quer über die Strasse geht. Man kann diese Sperrung verantworten, weil so möglichst rasch in zwei Wochen wieder dem Verkehr übergeben werden kann. Die Variante wäre gewesen, in mehreren Etappen zu bauen, das geht dann länger. Das ist im Fall vom Baselmattweg aus unserer Sicht gerechtfertigt.

Frage 5: Beim Herrenweg, der wurde ganz neu in Betrieb genommen, der mittlere Abschnitt, da haben wir versetztes Parkieren. Das führt offenbar zu einer Situation, wo Christoph Benz findet, dass es eine gefährliche Situation ist für Velofahrer. Wir sind umgekehrt der Meinung, dass diese Parkfelder die Sicherheit erhöhen, dadurch sie den Verkehr beruhigen und verlangsamen. Deswegen sind wir der IG Herrenweg entgegengekommen, die von uns, vom Gemeinderat, verlangt hat, dass wir diese Strasse

nicht zu stark begradigen. Auch aus diesem Grund möchten wir daran festhalten, dass diese Parkfelder dort bestehen bleiben.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Jetzt wäre es an mir, etwas dazu zu sagen, ich denke, es muss nicht zu allem sein. Danke für die Ausführungen, Robert Vogt. Am Hegenheimerweg geht es bis zum Jahr 2015, bis wir dort ein Konzept machen und umsetzen können. Ich bin den Weg mehrfach gefahren die letzten Wochen, nicht absichtlich, sondern zufällig, und habe gemerkt, dass dies nicht bis 2015 warten kann. Es ist nicht nur die Baustelle bei Actelion links und rechts, dort hat es Sicherheitspersonal, sondern es ist vorher auf dem Velostreifen, der seit rund 15 Jahren auf der Fahrbahnebene ist, dort ist die ganze Breite vom Velostreifen aufgerissen, verteert und mit einem "Zünli" rot/weiss versehen, und man muss ausweichen, und dies mehrfach. Natürlich sieht man es, aber wenn ein Lastwagen oder ein PW, der 50 fährt, neben mir ist, dann muss ich raus oder auf die Klötze als Velofahrer, und dies mehrfach. Das ist kein Zustand, das geht nicht. Ich habe verstanden, dass man nichts machen kann und habe begriffen, dass man legal nicht die andere Strassenseite befahren kann, weil es gewisse Mindestbreiten gibt. Das ist gut, das habe ich begriffen. Trotzdem ist der Zustand nicht gut und ich glaube nicht, dass wir bis 2015 warten und zuschauen können. Sonst muss ich allen Velofahrern sagen, dass sie den Hegenheimerweg vermeiden sollen, nur in Richtung Stadt, und in der anderen Richtung muss man sich einen neuen Weg suchen, das wäre da real.

Bei Frage 2 heisst es, dass ihr einverstanden seid, dass 2 – 3 cm hohe Granitrandsteine geeignet sind, um Velo abzubremesen. Ein feines Velo kann man damit abbremesen, aber ein Mountainbike mit einem fitten Jugendlichen bremsen damit nicht ab. Der hat eine Federgabel und aufgepumpte Pneu und federt voll darüber, man kann nur hoffen, dass er eine schnelle Auffassungsgabe hat. Ich wünsche mir trotzdem, dass man dies abschrägt und die Vernunft walten lässt, denn man quert ein Altersheim, da muss man langsam machen. Das ist hoffentlich klar und denjenigen, denen es nicht klar, kann man auch nicht helfen.

Danke, dass ihr euch bei Frage 3 beim Kanton einsetzen werdet. Es ist auf der Baustelle nicht überall gleich schlimm, in Richtung Dorf ist es traumhaft, dort ist geteert, perfekte Übergänge ohne Niveau. Das andere ist noch zu machen. Danke.

Schlappenmatten-Kindergarten, da habe ich begriffen, warum. Ich habe gemerkt, dass es von der Gemeinde her beim Allemannenweg signalisiert ist, bei der Maiengasse nicht mehr. Sie fahren weiter bis Baselmattweg 102, dort wo das Haus neu gebaut wird, kehren über den Grabenmattweg irgendwie zurück und gehen über die Maiengasse, das habe ich gestern beobachtet. In der anderen Richtung auch, man geht beim Altersheim Dürrenmattweg, biegt ab in die Parkallee Richtung Jugendland, merkt, wenn man in den Baselmattweg einbiegt, dass es dort blockiert ist, und geht dann in den Dürrenmatten durch das schwach befahrene Strässlein den Rückweg suchen. Dort braucht es einen orangen Pfeil, Umleitung geradeaus, etwas in dieser Art. Ich finde die Schlaufe, die es da gibt, nicht gut.

Wäre es neben dem Trottoir nicht möglich gewesen, eine Velobreite zu lassen? Frage zurück.

Ich stelle auch bei der Neuwilerstrasse die gleichen Probleme fest, es gibt eine Verlangsamung, aber es gibt oft auch gefährliche Situationen, weil man zu wenig sieht. Mein Vorschlag wäre, dass ihr dies mit dem Velo abfährt, dann sieht man es 1 zu 1.

Josua Studer, parteilos: Ich habe eine Zusatzfrage zur Frage 2. Bis jetzt wusste ich, dass man den Autoverkehr einschränken möchte, man behindert mit Schwellen. Dass man dies auch bei Velos macht, ist neu. Interessant ist, dass es ein Veloweg dort ist und man wird gehindert, anständig dort durchzufahren. Wenn man vom Bachgraben her kommt, dann macht man Bekanntschaft mit den Velofahrern mit den Trottoirs, weil man beim Streichelzoo aufs Trottoir kommt und dann hat man die 3 cm nicht. Ich habe kein Verständnis dafür, dass man eine solche Abschrägung macht, eine richtige Blockade. Welcher Kasse der Gemeinde darf man die Schäden der Fälle in Rechnung stellen?

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich habe drei kleine Fragen an den Gemeinderat, Robert Vogt. Ein altes Thema ist der Fussweg am oberen Herrenweg. Ich habe vor einem Jahr einen Vorstoss gemacht. Meine Frage ist, ob es dort vorwärts geht. Zweite Frage, im Sporn. Wir haben mit den Schulen am Sporn sehr viel gearbeitet in letzter Zeit, auch am Naturschutztag waren wir viel da oben. Ich habe mit der Klasse mehrere braune Säcklis zusammengelesen, nebst anderen Sachen. Es ist ja toll, wenn die Hundehalter die Säcklis machen, aber wo deponieren. Kann man dort oben nicht einen Robidog hinstellen? Drittens eine spontane Frage, es geht um die 4 cm Schwelle. Ich habe schon selber dort einen Rollstuhl darüber gestossen. Das Hindernis mit dem Rollstuhl ist grösser als mit dem Velo.

Robert Vogt, Gemeinderat: Beim oberen Teil des Herrenweg sind wir mit grossem Druck am arbeiten, damit wir nächstes Jahr das Projekt auflegen können. Wir möchten es sehr schnell bauen, weil wir mit dem Herrenweg im oberen Teil das Trottoir schaffen. Das gibt dann die sichere Fussgängerverbindung vom Paradies runter zum Herrenweg. Dort sind wir zuversichtlich, dass wir damit nächstes Jahr in den Einwohnerrat kommen. Im Sporn, wo es Probleme gibt mit den Säcklis, die herumliegen, dem nehmen wir uns gerne an. Es ist ein neues Gebiet, das entdeckt wird, und es zieht Leute mit Hunden an. Ich kann mir gut vorstellen, dass es dort Sinn macht, mit einem Robidog aufzurüsten, ohne dass ich es jetzt versprochen habe. Bei der Schwelle am Baselmattweg ist es nicht so, dass es unmöglich ist, dort darüber zu fahren, es zwingt einem langsam darüber zu fahren. Nach dem Strassenverkehrsgesetz ist es klar, man muss die Geschwindigkeit den Verhältnissen anpassen. Man muss langsam dort drüber, und das schafft jedes Velo.

Simon Maurer, SP/EVP-Fraktion: Ich habe eine spontane Frage zur Bioabfuhr. Im AWB gab es einen Leserbrief und es kam mir von verschiedenen Seiten zu Ohren, dass sich die Leute beklagen, dass es im November nur zwei Fuhren gibt anstatt jede Woche. Die Container sind am Überquellen vom Laub von den Bäumen im Herbst. Ist dieses Problem bei der Gemeindeverwaltung bekannt und gedenkt man dies aufs nächste Jahr zu ändern, sodass im November auch jede Woche der Biomüll abgeholt wird? Ich hoffe, Sie können so spontan darauf antworten.

Robert Vogt, Gemeinderat: Eigentlich freue ich mich über die Frage, denn wir hatten viele Fragen zu dem Thema, weil im November die Bioabfuhr nur alle zwei Wochen stattfindet. Beim ersten Mal, wo es ausgefallen ist, standen viele Kübel draussen und wurden nicht abgeführt. Wir haben das im Gemeinderat dann thematisiert und gesagt, dass wir 2011 auch im November diese Abfuhr wöchentlich einplanen werden. Aus organisatorischen Gründen haben wir entschieden, es beim Plan bleiben zu lassen. Wir machen sonst die Leute definitiv verrückt, wenn wir jetzt ausnahmsweise eine Abfuhr machen und die Leute wissen es gar nicht. Nach Plan wird nächsten Mittwoch eine Bioabfuhr sein, danach wie gewohnt, im 2-Wochen-Rhythmus.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Normalerweise ist im November das Laub schon unten. Es war eine Ausnahme, dass wir es im November so warm hatten. Das hat mir die zuständige Abfallperson, Herr Dill, bestätigt. Es ist ein Ausnahmefall, dass wir es so warm haben momentan. Normalerweise wäre es kalt und das Laub wäre unten. Was ich mich frage, nicht alle 14 Tage leeren, sondern es an diesem Tag leeren, wo man es herausstellt und nicht 25 Stunden später, das macht viel mehr Sinn.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Fragen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann fahren wir fort in der Traktandenliste. Wir kommen zu Traktandum 9.

564 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Postulat von Siro Imber, FDP, vom 16.06.2010 betreffend
Grenzlage als Chance bei der Sprachausbildung nutzen

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 3949

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Schön, dass es jetzt geklappt hat mit dem Postulat. Der Gemeinderat möchte das Postulat nicht entgegennehmen und zwar aus folgendem Grund. Der Lehrplan wird nicht vom Gemeinderat vorgegeben, sondern ist Teil des Bildungsgesetzes, das im Landrat verabschiedet wird. In diesem Zusammenhang muss man sagen, dass mit der Einführung von Harmos die Schule in den nächsten Jahren sehr viele herausfordernde Änderungen erfahren wird. Es scheint uns darum nicht sinnvoll, vorgehend weitere Verpflichtungen anzustreben. Es ist richtig, wie es der Postulant erwähnt, dass auf schulischer Ebene die Grenzlage als Chance wenig genutzt wird. Dies sollte jeder einzelne Lehrer selber entscheiden können, wann, wie und wie viel er die Grenzlage nutzen möchte. Es gibt immer wieder Lehrer, die das machen und entsprechend vom Gemeinderat unterstützt werden und auch in den vergangenen Jahren immer unterstützt wurden. Es gibt auch die Möglichkeit von verschiedenen

Angeboten, die man nutzen könnte, zum Beispiel die Oberrheinkonferenz bietet Hilfe und Programme an, auch in sehr grosszügiger finanzieller Hinsicht. Ich habe hier für dich einen Prospekt.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Danke für die Ausführungen. Ich kann es nachvollziehen, dass man in diesem Zusammenhang in diesem Umfeld mit Harnos eher dies nicht noch mehr belasten möchte. Es war nicht die Abklärung in dieser Tiefe, die man sich gewünscht hat, aber ich kann die Argumentation nachvollziehen. Man muss auf anderer Stufe schauen, wie man damit weiter geht. Es ist die Überlegung, dass wir eine einmalige Lage in der ganzen deutschsprachigen Schweiz haben, dass wir so nahe an einem französischsprachigen Gebiet sind, wo man in Velodistanz sehr viel erreichen kann. Im Sinne von den Ausführungen ziehe ich das Postulat zurück und hoffe, dass der Gemeinderat auf dieser Schiene weitermacht und ich schaue, ob man auf anderer Ebene weiterfahren kann.

565 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10

Motion von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 15.07.2010 betreffend
Umgestaltung des Allschwiler Dorfplatzes
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3914

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Der Gemeinderat ist bereit, diese Motion entgegen zu nehmen. Ich frage den Rat, ob ein Gegenantrag gestellt wird. Das ist nicht der Fall, somit ist die Motion überwiesen.

566 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 11

Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, vom 06.10.2010 betreffend
Anlobung von neuen Ratsmitgliedern
Antrag des ER-Büro: Zur Ablehnung empfohlen, Geschäft 3961

Josua Studer, parteilos: Ich hätte gerne zuerst die Ausführungen gehört, weshalb es nicht überwiesen werden soll.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir haben das Verfahrenspostulat im Büro besprochen. Wir sind der Meinung, dass es einen sehr grossen Wechsel gegeben hat bis jetzt in diesem Rat und das wird wahrscheinlich leider so weitergehen, was wir zwar nicht hoffen. Wir sind der Meinung, dass es nicht die Aufgabe des Gesamteinwohnerrates ist, die neuen Mitglieder in ihre Rechte und Pflichten einzuweisen, sondern dass dies bereits bei potentiellen Kandidaten durch die Parteien geschehen sollte. Wir sehen die einzelnen Parteien und Fraktionen in der Pflicht, dass man interessierten Personen sagt, dass es nicht nur Rechte gibt, sondern auch Pflichten und es sich nicht um ein kurzfristiges Engagement handeln sollte, sondern um mindestens eine Amtslegislatur. Wir sind auch in einer sehr schnelllebigen Zeit, in der es schwierig ist vor auszuplanen. Es kann jeder von uns plötzlich morgen davon betroffen sein, dass er die Stelle oder den Wohnort wechseln muss. Das ist auch ein Grund für einige Austritte, die wir hatten. Wir sehen nicht, dass durch eine Anlobung dieses Problem gelöst werden kann. Uns ist auch nicht klar, auf was diese Anlobung gehen sollte. Wir bitten darum, diese Motion nicht zu überweisen.

Josua Studer, parteilos: Frau Präsidentin, Sie verwirren mich. Sie haben Sachen erzählt, die ich gar nicht bezwecken wollte und die auch nichts mit der Sache zu tun haben. Eine Anlobung hat nichts damit zu tun, wie lange jemand in diesem Parlament ist und wie stark die Fluktuation hier drin ist. Sie als Präsidentin sind dafür verantwortlich, dass es im Einwohnerrat ordentlich zu und her geht gemäss Reglementierung. Somit sind Sie in der Pflicht, neuen Mitgliedern dies mitzuteilen, das liegt in Ihrer Pflicht. Das ist Ihre Pflicht. Sie haben das im Landrat gesehen, wie das funktioniert. Es wird bei allen Richtern gemacht und Sie kommen aus der Juristerei. Sie sollten wissen, was der Zweck von dem Ganzen ist.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Herr Studer, wir haben hier im Rat keine Anlobung. Es wird eine Einführung durch die Fraktionen und die Verwaltung, durch eine Broschüre geben. Bitte reden Sie zu Ihrem Verfahrenspostulat.

Josua Studer, parteilos: Entschuldigung und danke, dass Sie mich wiederholt unterbrochen haben. Ich bin am reden und ausführen, wieso, weshalb und warum. Ich weise Sie darauf hin, was der Sinn ist von dem und was die Ursache ist, warum und wie es anderen Orten gemacht wird. Ich finde es nicht in Ordnung, dass Sie mich unterbrechen. Ich bestehe darauf, dass wir das auch bei uns machen. Hören Sie bitte zu, dann wissen Sie, um was es geht, sonst erzählen Sie nächstes Mal wieder Mist.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Die Leitung der Sitzung ist bei mir und ich kann auch schnell hinüber schauen und mit einem Ohr Ihnen zuhören.

Josua Studer, parteilos: Daran zweifle ich, aber wir testen das jetzt. Der Einwohnerrat macht sich das härtere Geschäftsreglement als der Landrat. Der Landrat hat Sachen, die sauberer sind als im Einwohnerrat. Irgendwo beisst sich die Katze in den Schwanz. Ich verstehe nicht, wo hier das grosse Problem ist. Sie heissen ein neues Mitglied hier drin willkommen. Warum geht das nicht, einen kurzen Augenblick dies zu machen, und dann haben wir eine ordentliche Situation.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Ich glaube, hier werden gewisse Sachen vermischt von Josua Studer. Die Anlobung dient nicht dafür, um auf Rechte und Pflichten hinzuweisen. Es ist eine reine Zeremonie, um die Bedeutung des Amtes zu unterstreichen. Das hat weder eine Wirkung noch sonst etwas. Es heisst zwar, man kann das Amt nicht antreten, wenn man das Gelöbnis nicht ablegt. Man hält Verfassung und Gesetz ein, diese Gelobung wird abgenommen, nicht mehr und nicht weniger. Deswegen hat es nur eine Bedeutung einer Zeremonie zum Darlegen, dass dieses Amt eine wichtige Bedeutung hat. Aber deswegen ist es legitim darauf hinzuweisen, wie es in der Begründung steht – das hat Frau Gürtler nicht von irgendwo, sondern das steht in der Begründung – dass die Wechsel nicht in Zusammenhang stehen mit der Anlobung. Wenn man das will, dann kann man sagen, dass man einen zeremoniellen Akt einführen möchte. Damit kann ich leben, das finde ich keine Idee, die völlig daneben ist. Menschen leben von gewissen bedeutungsvollen Momenten und das wird so wahrgenommen.

Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte mich den Vorrednerinnen und Vorrednern anschliessen. Ich möchte keine Wiederholungen machen. Die SP/EVP-Fraktion lehnt dieses Verfahrenspostulat ab. Ich bin mit Siro Imber einig, dass es ein zeremonieller Akt ist. Ich persönlich war auch im Landrat und habe gesehen, wie dies vor sich geht. Ich war froh, dass ich das live miterlebt habe. Ehrlich gesagt, habe ich es nicht so zeremoniell gefunden, als dass es hier im Einwohnerrat in Allschwil gemacht werden muss.

Josua Studer, parteilos: Ich finde das wunderbar. Geloben oder schwören ist nur eine Zeremonie. Ich bin überglücklich, ich bin über 10 Jahre verheiratet. Ich kann jederzeit gehen. Es war nur eine Zeremonie, als ich ein Versprechen abgegeben habe, das ist nicht so bindend.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung dieses Verfahrenspostulats.

://:

Das Verfahrenspostulat wird mit 2 Ja, 28 Nein und 1 Enthaltung nicht überwiesen.

567 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 12

Postulat von Julia Gosteli, Nedim Ulusoy und Rita Urscheler, Grüne Allschwil vom 15.09.2010 betreffend Velofreundlichkeit auf der Baslerstrasse
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft3957

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Wir von den Grünen freuen uns, dass der Gemeinderat das Postulat entgegennimmt. Die Baslerstrasse gehört zum Velonetz der Region und sie ist gefährlich zu befahren. Es gibt neu den Kreisel und mit dem Kreisel sind wir auch nicht zufrieden. Es tut mir leid, dass ich das so direkt sage. Bis anhin war ein halber Kreisel für Velofahrende noch recht gut machbar. Bei diesem Kreisel muss man, wenn man geradeaus will, sehr gut aufpassen, damit man wirklich vorne im Dorf ankommt. Auch hier wird das Velo, ich nehme das auf von Christoph Benz, abgebremst, man müsste dann auf dem Trottoir über den Fussgängerstreifen laufen. Das ist unattraktiv für die Velofahrenden und keine Motivation, um auf das Velo umzusteigen. Wir freuen uns sehr, dass der Gemeinderat für die Velofreundlichkeit in der Gemeinde sorgen wird.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir haben die Begründung des Postulats gehört, der Gemeinderat ist für Entgegennahme. Ich frage den Rat, ob es einen Gegenantrag gibt?

://:

Das ist nicht der Fall, somit ist das Postulat überwiesen.

568 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 13

Postulat von Cedric Roos, SVP-Fraktion, vom 15.09.2010 betreffend Jugendfeuerwehr in Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft3958

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Auch dieses Postulat nimmt der Gemeinderat entgegen. Ich frage den Rat, ob ein Gegenantrag gestellt wird? Das ist nicht der Fall, somit ist dieses Postulat überwiesen und wir sind am Schluss unserer Traktandenliste, bevor die Sitzungszeit abgelaufen ist. Ich schliesse die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

ENDE DER SITZUNG